

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Gewerkschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Preis: 10 Pfennig (für den Monat 30 Pfennig, halbjährlich 1,50 Mark, jährlich 3,00 Mark). Durch die Post bezogen monatlich 3,50 Mark (ohne Zustellungsgebühr). Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-QL / Buchhandlung und Expedition: Buchhandlung „Arbeiterstimme“, Dresden-QL, Oberbühnenstr. 2 / (Telefon: 1111) Dresden-QL, Emil Schlegel-Str. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Schulen ist die Zeitung als Lehrmittel für die Fächer Deutsch und Geschichte zugelassen / Die Zeitung ist in allen höheren Schulen als Lehrmittel für die Fächer Deutsch und Geschichte zugelassen

2. Jahrgang Montag, den 13. Dezember 1926 Nummer 278

## Anschwellen der Arbeitslosenziffern

### „Weihnachtsbescherung“ für die Erwerbslosen

Im Haushaltsauschuss des Reichstages steht gegenwärtig der Antrag des Reichsarbeitsministeriums zur Beratung. Für die Beratungen hatten die Kommunisten bereits eine Reihe Vorschläge im Sinne einer Herabsetzung der Beiträge der Erwerbslosen, der Sozialrentner usw. vorbereitet. Am 10. Dezember wurde der Antrag am Sonnabend im Sozialpolitischen Ausschuss mit der Begründung ein, daß im Haushaltsauschuss eine sachliche Beratung der Fragen nicht notwendig sei. Dies war gleichbedeutend mit der Erklärung, daß man im Haushaltsauschuss auf jeden Fall einen Kampf um weitestgehende Anträge verhindern wird.

Gemäß dem Zentrumsantrag sollen die Erwerbslosen, die über 16 Wochen erwerbslos sind, einen Betrag in Höhe von vier halben Monatsunterstützung erhalten. Die Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung sollen einen Betrag von 2 Mark auf jede Invaliden- und Witwenrente und von 2 Mark auf jede Waisenrente erhalten. Die zum Empfang von Kleinrentenberechtigten berechtigten Personen sollen einen Betrag von 14 einem Drittel der Monatsunterstützung erhalten.

Genosse Kappel verlangte, daß die für den Haushaltsauschuss vorgelegten Anträge der Kommunisten gleichfalls mit zur Beratung gestellt werden sollten. Dem wurde widersprochen. Von den Sozialdemokraten polemisierte die Abgeordnete Schraeder gegen den Zentrumsantrag und zeigte ihrerseits einen Kontrastprogramm an.

Genosse Kappel stellte in seinen Ausführungen die Wichtigkeit der Regierungspolitik fest durch den vorliegenden Zentrumsantrag den Kampf um eine allgemeine Erhöhung der sozialen Bezüge zu verhindern. Er wies auf die grenzenlose Verhöhung der Beiträge der Sozialrentner durch den Zentrumsantrag hin. Er verlangte einen Vergleich zwischen den für die hohen Beamten bezahlten Beiträgen und den Beiträgen für die Arbeiter und Arbeiterinnen. Ein Beamter der Gehaltsgruppe 7, der im Monat 700 bis 900 Mark verdient, bekommt eine Weihnachtsbescherung von 60 Mark, während man den kümmerlich unterhaltenen Erwerbslosen und den Sozialrentnern Beiträge in Höhe von 5 bis 6 Mark anbietet. Genosse Kappel erklärte, daß die Kommunisten grundsätzlich für die Herabsetzung der Beiträge in solcher Höhe eintreten, damit eine ausreichende Lebenshaltung gewährleistet ist. Deshalb hätten die Kommunisten noch außer den Anträgen zum Nachtragsetat im Monat bereits einen Gesetzentwurf zur Herabsetzung der Beiträge und einen Antrag zur Herabsetzung der Sozialrenten eingebracht. Wenn die Kommunisten ebenfalls für die Herabsetzung der Beiträge eintreten, so geben sie damit ihre grundsätzliche Stellung, die durch die genannten Anträge dargestellt wird, nicht auf.

### Widerständige Weihnachtsunterstützung für Erwerbslose

Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurde ein kommunistischer Antrag, der für die Erwerbslosenunterstützung 300 Millionen Mark bereitstellt, nicht angenommen. Auch die Sozialdemokraten stimmten aus „humanen“ Gründen gegen den kommunistischen Antrag und mit den Bürgern für die Bereitstellung von 60 Millionen Mark. Die Kommunisten begründeten ihren Antrag damit, daß die Zahl der Erwerbslosen im Winter noch steigen werde und mit einer Abnahme der Erwerbslosenziffern in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei, dagegen die Unterhaltungen für Erwerbslose unbedingt erhöht werden müßten. Entsprechend dem am selben Tage im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages gefassten Beschlüssen hatte sich der Haushaltsauschuss des Reichstages auf den Standpunkt, daß eine halbe Monatsunterstützung als „Weihnachtsbescherung“ für die Erwerbslosen ausreicht. Verbesserungsanträge wurden gegen die Stimmen der KPD und SPD abgelehnt. Die Kommunisten verlangten eine Erhöhung der allgemeinen Bezüge.

### Will der ADGB den Kampf?

Westen, 13. Dezember. (Vgl. Drahtbericht.)  
Vergangenes Sonnabend lagte in Berlin die Bundesversammlung des ADGB. Sie nahm Stellung zur Frage der Herabsetzung der Arbeitszeit. Leipzig, Graumann und Syllies sprachen über das von den Gewerkschaften verlangte Vorgehen und über die Vorschläge der Regierungsparteien und der Regierung. Die Vorschläge sehen nach Graumann „über eine Beschleunigung der Herabsetzung der Arbeitszeit, sondern vor, die Regierung solle auf dem Standpunkt, keine vorläufige Regelung der Arbeitszeitfrage vorzunehmen, sondern abzuwarten, bis die bevorstehende Verhandlung des Arbeitszeitgesetzes. Der Gesetzentwurf enthalte nichts von den Wünschen der Gewerkschaften, sondern berücksichtige nur die Wünsche der Unternehmer. Syllies erklärte, angesichts dieser Lage habe eine parlamentarische Aktion allein wenig Aussicht auf Erfolg. Eine große Aktion zur Herabsetzung der Arbeitszeit müsse einleiten und die einzelnen Verbände müßten die Verantwortung für das Herabsetzen der Arbeitszeit mit allen Kräften übernehmen. Die Bundesversammlung hat die Dringlichkeit der Frage und forderte Kampfbereitschaft und Anweisungen an die einzelnen Verbände zu geben, abgesehen.  
Der Bundesversammlung wurde noch wie vor auf die SPD-Rechtsgeneration, die die Frage des Arbeitszeitgesetzes zu einem Objekt der Koalition macht. Die Arbeiterklasse hat sofort Stellung zu ergreifen und die Kündigung der Arbeitszeitkämpfe in den jetzt ausgetragenen Kämpfen der Schuh- und Textilindustrie durchzuführen.

Die Kommunisten hatten weiter 5 Millionen Mark für die erwerbslosen Schauspieler gefordert, die Mittel sollten der Bühnengemeinschaft überwiesen werden. Die Regierung sprach sich gegen die Bewilligung aus, versprach aber, sich mit der Bühnengemeinschaft in Verbindung zu setzen. Gegen den kommunistischen Antrag stimmten die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten.

### Starke Steigen der Erwerbslosigkeit

7000 wöchentliche Zunahme in Berlin.  
Aus allen Teilen des Reiches wird ein sprunghaftes Wiederanstiegen der Erwerbslosenziffern gemeldet. Nach einer Mitteilung der „Roten Fahne“ beträgt die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Berlin in der letzten Woche 7177 Personen. Damit ist die höchste Steigerung in der seit längerer Zeit eingetretenen Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. In der Vormwoche waren bei den Arbeitsnachweisen 241 830 Personen eingetragen. Am Ende der letzten Woche war diese Zahl auf 248 007 hinaufgeschwollen. Darunter befanden sich 156 527 männliche und 91 480 weibliche Personen. Unterzählung bezogen 167 197 männliche und 58 868 weibliche, insgesamt 166 063 Personen.

Die Entwicklung der Erwerbslosenziffern in der zweiten Novemberhälfte zeigt im Reichsmittelabgesehen ein beständiges, aber fortwährendes Steigen. Die sprunghafte Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist jedoch höher, als wie das in dieser Zeitperiode regelmäßig geschieht. In der Zeit vom 15. November bis 1. Dezember ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 679 000 auf 1 124 000 gesunken, die der weiblichen von 237 000 auf 245 000, die Gesamtzahl von 1 316 000 auf 1 369 000. Die Gesamtzunahme beträgt rund 53 000 oder 4 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen) ist im gleichen Zeitraum von 1 391 000 auf 1 481 000 gestiegen. Während des ganzen Monats November beträgt die Zunahme in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger rund 61 000, das sind 4,7 Prozent.

Mit diesem gewaltigen Emporkommen der Erwerbslosenziffern schließt auch die Zahl der Arbeitslosen, insbesondere der Ausgesteuerten. Die weitere Erhöhung der Erwerbslosenziffern, die Ausdehnung der Unterstützung auf alle Erwerbslosen bleiben die brennendsten Forderungen der Stunde. Die Zahl der Ausgesteuerten, die jetzt seit länger als 52 Wochen erwerbslos auf der Straße liegen, schwankt gewaltig an. Das grauenhafte Elend in den Familien der Arbeitslosen steigt ins Unerträglichste. Die weitere Verschärfung in der Erwerbslosenfrage ist zugleich auch die dringende Mahnung, endlich den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit allen Kräften zu beginnen. Wie an einer anderen Stelle gemeldet wird, hat der Bundesausschuss des ADGB am vergangenen Sonnabend und Sonntag zu der Frage der Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen. Kampfbereitschaft hat der ADGB auch diesmal nicht gezeigt. Jetzt muß es genug sein mit den Bittgängen und Bittschreien. Genug des Notgeschreies! Schluß mit dem Koalitionsheuchler und der Ueberwindenwirtschaft! Jetzt gilt es, den Druck auf die ADGB-Innungen zu verstärken. Erwerbslose und Betriebsräte müssen jetzt verlangen, daß endlich der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit auf der ganzen Linie aufgenommen wird.

### Neue Koalitionsverhandlungen

Westen, 13. November. (Vgl. Drahtbericht.)  
Die SPD-Führer werden heute nach der Sitzung des Reichstages von Paris zu Verhandlungen empfangen werden. Diese Verhandlungen werden ohne Rücksicht darauf stattfinden, ob Streikwachen schon aus Genf zurückgekehrt sind.  
Der Vorwärts schreibt zu einigen demokratischen und Zentrumstimmen, die sich für die Weimarer Koalition erklären, daß man die Drohung mit der Weimarer Koalition nur dazu benutzte, um die Volkspartei für die Große Koalition mit einer Verschleppung der Regierungskrise über Weihnachten zu rechnen.

### Streik in den Dresdner Zigarettenfabriken

Seit heute morgen haben die Zigarettenmaschinenführer in den Dresdner Zigarettenfabriken im Streik. Die Ursache des Streiks ist in Lohnkürzungen zu suchen. Verhandlungen über die Herabsetzung des Kampfes haben heute zwischen der Branchenleitung des ADGB und dem Industrieverband statt. Falls keine Einigung erzielt wird, ist damit zu rechnen, daß die gesamte Arbeiterklasse der Dresdner Zigarettenindustrie in den nächsten Tagen hinzugezogen wird, bzw. die Ausbreitung der Unterstützung erfolgt.

### Genfer Lehren

Die Dezembertagung des Völkerbundes war durch Charakteristika, daß es eigentlich keine Tagung des Völkerbundes gegeben hat. Die Vertreter der Großmächte konzentrierten in geheimen Konferenzen zu zweit, zu dritt oder zu viert, die anderen Mitglieder des sogenannten Völkerbundes durften in den Vorparlamenten warieren, bis ihnen die Vertreter der großen imperialistischen Mächte in geheimen Instruktionstunden mitzuteilen geduldeten, für welche feststehenden Beschlüsse sie in der öffentlichen Schlusssitzung ihre Hände erheben müssen. Diese Methode der Verhandlungen hat die Lage von der Gleichberechtigung der Völkerbundmitglieder gründlich zerstört und gezeigt, daß die imperialistischen Großmächte hinter den Kulissen von Genf zu den Vorkriegsmethoden der Geheimbesprechungen auch formell zurückgekehrt sind. Ebenso zerstört wurde die Illusion, als würde Deutschland als Mitglied des Völkerbundes an den es interessierenden Entscheidungen mitwirken können. In allen Deutschland interessierenden Fragen wurde formell genau so die bekannte alte Maschinerie des Versailleser Vertrages in Bewegung gesetzt, wie früher, wo Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes war. Die Mächte der Welt sind in der Reihenfolge: Militärkontrollkommission in Berlin mit General Baldi, Internationale Militärkommission in Versailles mit General Foch, Sozialistkonferenz der Entente in Paris, Genfer Konferenzen der Entente-Minister, und erst dann kommen schließlich die Konferenzen mit Einbeziehung Streikmännern. Das alles trotz der tiefen Gegensätze unter den „Sieger“-Mächten. Die Labilität der neuen Gruppierungen veranlaßt die Entente, weiterhin formell an den alten geschaffenen Institutionen festzuhalten.

Die Umstände und Ereignisse, von denen diese Genfer Tagung begleitet war, haben auch der fagenhaften Behauptung einen weiteren kräftigen Stoß verleiht, als wollte oder könnte der Völkerbund etwas im Interesse des Friedens tun. Das Gegenteil hat sich gezeigt. Nicht nur, daß die Völkerbundkrisen nur dazu dienen, um die sich verschärfenden Konflikte der Imperialisten vor den Augen der friedensliebenden Massen zu verbergen. Es zeigt sich, daß diese Völkerbundtagungen selbst die bestehenden Konflikte verschärfen und neue hinzufügen, weil die Mächte zur Vorbereitung ihres Kampfes in Genf stets Krämpfe anhäufen und die Konflikte sogar künstlich aufspüren, sozusagen auf die Zeit der Völkerbundtagung „aufsparen“. Deshalb ist es kein Zufall, daß sich die härtesten Konflikte der letzten Jahre immer unmittelbar vor dem Zusammenritt oder während der Tagung des Völkerbundes gezeigt haben.

So wurde die gegenwärtige Völkerbundtagung durch die ankündigte Zuspitzung der italienisch-französischen Spannung vorbereitet. Mussolini hat noch ein übriges dazu, indem er während der Tagung den Text eines Protokollsvertrages mit Albanien veröffentlichte. Auch die von italienischer Seite kurzfristig lancierten Redaktionen über eine italienisch-deutsche Annäherung dienten dem Zweck, die italienisch-französische Spannung zu vergrößern. Die ganze Völkerbundtagung, besser gesagt, alle Geheimkonferenzen der Großmächte in Genf, standen nicht zuletzt im Zeichen dieser italienisch-französischen Spannung. Dieser Konflikt sollte den geplanten Kampf um die Vorherrschaft in Mitteleuropa, in Westeuropa, auf dem Balkan, im Mittelmeer, im nahen Osten, um die Neuverteilung der kolonialen Beute, an.

Die italienischen Vorstöße gegen Frankreich waren aber nur ein Teil des Manövers des englischen Imperialismus. Im Fluß der Reagruppierungen zeigte sich diesmal in Genf sehr deutlich die englisch-italienische Zusammenarbeit ab. Sie wurde von Chamberlain benutzt, um Frankreich unter Druck zu setzen, bzw. die Thoiry-Politik, d. h. eine deutsch-französische Verständigung unter Ausschaltung Englands zu hinterziehen. Chamberlain war kampfhaft bemüht, seine seit Locarno verlorene Position eines Schlichtrichters zwischen Deutschland und Frankreich wiedergewinnen. In dieser Beziehung konnte er sich nicht nur auf Mussolini stützen, sondern auch des Wohlwollens des amerikanischen Imperialismus nicht sein, da auch Amerika keine deutsch-französische Verständigung unter Ausschaltung des Dollar-Imperialismus wünscht. Der Vorstoß Chamberlains ist nur bis zu einem gewissen Grad glücklich. Die Fäden der deutsch-französischen Verhandlungen sind nicht abgeknippt worden, wohl aber erzielte die Entwertung der Thoiry-Politik durch das Dozmischentreten Englands eine weitere Verzögerung. Chamberlain ist es in seinem Bestreben, den Locarno-Bund gegen die Sowjetunion zu schließen. Deutschland sei in eine sowjetfreundliche Front einzugliedern und zu diesem Zweck auch eine polnisch-deutsche Annäherung zu

fordern, gelangen, zumindest alles in der Schwere zu halten, in Genuß seine abschließenden Beschlüsse fassen zu lassen, die das deutsch-französische Verhältnis hätten bereinigen können.

Das komplizierte imperialistische Intrigenpiel wurde in Genuß in die Form einer Debatte über die Aufhebung bzw. Umgestaltung der Entente militärkontrakte über Deutschland und der Rheinlandbesetzung gefolgt. Wohl gemerkt war diese Debatte nur die äußere Form der wirklichen Kämpfe. Wohl ist der englische Imperialismus für ein Verschwinden der Militärkontrollkommission in Deutschland in ihrer gegenwärtigen Form wohl sie allzu sehr an die militärische Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent erinnert. Andererseits gibt aber England die Waffe einer Militärkontrolle ebensowenig aus der Hand wie Frankreich. Die Vorstände der englischen Industrie gegen die sogenannte Kriegsmaterialienausfuhr Deutschlands, die militärisch kontrolliert werden müsse, zeigt, daß sich hinter der Militärkontrolle sehr reale wirtschaftspolitische Interessen der fortwährenden Imperialisten verbergen. Den denkbaren Begriff der Kriegsmaterialienfabrikate will die englische Industrie zu einer Drosselung der deutschen Ausfuhr brauchen. So ist es gar nicht auszuweichen, daß die berechtigten Entschlüssen des „Manchester Guardian“ durch den „Vorwärts“ über die angebliche Einfuhr von Sowjet-Granaten nach Deutschland eine Waffe sein sollte, um zwar nicht diese nicht existierende „Einfuhr von Sowjet-Granaten“, wohl aber vielleicht die deutsche Ausfuhr von, sagen wir, Fein-Geldstücken oder ähnlichem zu verhindern.

Dem englischen Imperialismus ist es gelungen, die Entscheidung in allen Fragen zu vertagen. Die Militärkontrolle selbst unter anderem Namen, das Rheinland bleibt besetzt, zur Beratung der Frage, wie das künftige entmilitarisierte Rheingebiet kontrolliert werden soll, wird die Einberufung einer neuen Locarno-Konferenz für Februar oder März geplant. Träte diese Konferenz tatsächlich zusammen mit dem Programm, einen von England gewünschten ergänzenden Rheinlandpakt abzuschließen und nebenbei vielleicht auch über einen polnisch-deutschen Garantiepakt zu verhandeln, so würde es Chamberlain gelungen sein, die Frage der Räumung der Rheingebiete aus einer weitestgehend deutsch-französischen in eine deutsch-englisch-französisch-italienische zu verwandeln, d. h. die Hände mit im Spiel zu behalten. Es ist eine ausgezeichnete Belehrung der sozialdemokratischen Arbeiter, daß sich die englische imperialistische „Times“ in der Behandlung dieser Verhandlungsmöglichkeiten ausgerechnet auf die Beihilfe der Luxemburger Sozialistenkonferenz beruft und diese als sehr geeignete Grundlage über den grünen Alee lobt.

Sozialdemokratische Beschlüsse bleiben in der Tat stets sehr geeignete Grundlagen für die imperialistische Politik, im Notfall gute Brücken zur Überwindung imperialistischer Verlegenheiten oder auf alle Fälle Klüften zur Verheimlichung dessen, was ist.

Die Verhandlungen in Genuß haben wieder einmal gezeigt, wie labil die sogenannte Stabilisierung der kapitalistischen Welt und wie scharf die imperialistischen Gegensätze sind, wie leicht irgendein scheinbar kleiner Konflikt plötzlich die Kriegsgefahr in ihrer ganzen Größe aufrollt und einen neuen Weltbrand verursachen kann. Sie haben die sozialdemokratischen Behauptungen von der Friedensära, vom Friedenswillen der Großmächte Lügen gestraft und müssen die Arbeiterklasse alarmieren. Die Lehren dieser Genuß Verhandlungen zwingen die deutsche Arbeiterklasse, ungeachtet aller pazifistischen Abenteurer, sich zur Verteidigung der Sowjetunion und des Friedens in internationaler Front zusammenzuschließen.

### Der Kampf gegen kommunistische Abgeordnete

Das Berliner Tageblatt schreibt: „Der Gesetzgebungsausschuß des Landtags hat die Immunität des kommunistischen Landtagsabgeordneten Tenner aufgehoben, damit der Oberstaatsanwalt in Erfurt gegen diesen ein Strafverfahren wegen Unterschlagung eines — Zeitungsausschnittes durchzuführen kann. Mit diesem Zeitungsausschnitt hat es keine eigenartige Bewandnis. Tenner hatte in einer Volksversammlung seinem Herrn Luft gemacht. In der Diskussion trat ihm ein Gegner von der deutsch-nationalen Fakultät entgegen und hielt Tenner an Hand eines Zeitungsausschnittes das Ständeregister der Kommunisten vor Augen. Das Ständeregister wollte es, daß der ominöse Ausschnitt nach Schluß der parlamentarischen Rede des Deutschnationalen zu Boden flatterte, aber auch schon im gleichen Augenblick in den Händen Tenners geblieben war. Und siehe da, Herr Tenner konnte feststellen, daß sein Gegner mächtig geschwindelt hatte, indem er viel mehr vorgelesen hatte, als auf dem Ausschnitt stand. Damit nun aber nicht der Verdacht entstehen konnte, Herr Tenner hätte bei der Entlarzung seines Gegners ebenfalls geschwindelt wie dieser, so lag der Ausschnitt nach der Versammlung zur Einsichtnahme für jedermann bereit — aber dabei war es auch der Zeitungsausschnitt. Da die Abgeordneten für derartige Sachen ein besonderes Verbot zeigen, nimmt die Staatsanwaltschaft an, daß der Abgeordnete Tenner den Zeitungsausschnitt an sich genommen hat. Nun wird er sich wegen Unterschlagung oder Hehlerei zu verantworten haben.“

Diese Episode aus dem politischen Leben unserer Zeit ist zu charakteristisch, als daß sie verloren gehen sollte. Aus kleinem kann man hier Großes erkennen, die Epikuristik des Kampfes wird klar, die Rechte angewendet, um den Gegner im Kleinen freizumachen, die Rechte angewendet, um den Gegner im Kleinen freizumachen. Sie nützt, wo sie regiert, die Macht der Staatsanwaltschaft brutal aus und rechnet auf die restlose Willkürigkeit der Gerichte. Warum sollte der Abgeordnete Tenner, wenn er wirklich jenen Zeitungsausschnitt an sich genommen hat, nicht wegen Eigentumsverstoßes verurteilt werden? Der Satz „minima non curat procer“ — daß der Richter sich um Winzigkeiten nicht zu kümmern habe — gilt nicht, wenn ein Oppositioneller diskreditiert werden soll. So ist in der Stille der reaktionären kleinen Staaten noch mehr die Hebung als anderswo. Der sozialdemokratische Oberstaatsrat Stöckel in Braunschweig ist um Werte von ein paar Pfennigen zu Gefängnis verurteilt worden, einem Demokraten in Thüringen sollte ähnlich, weil er das Recht auf Handgepäck überschritten haben soll, das politische Lebenslicht ausgeblasen werden, dem Oberstaatsanwalt Frieders, der nicht Order parierte, hat man einen angeblichen Erinnerungsfehler als Meisid angedreht — und so ließe sich die Liste noch lange fortsetzen. Aber wenn auch durch diesen Guerillakrieg politische Taktische erzielt werden, so müßte man sich doch klar darüber sein, was auf die Dauer den Schaden davon hat — und das ist die Justiz, die immer mehr das Vertrauen des Volkes verliert, wenn sie sich in dieser Weise von der Parteipolitik kommandieren läßt. Wenn schon die Rechte nicht einzusetzen vermag, daß so die Grundlagen des Staates untergraben werden — was lagern die Ständevertreter der Richter und Staatsanwälte dazu? Sie schweigen.

Wir fügen dem nichts hinzu. Die Red.

### Deutsche Waffen gegen England?

Unter der obigen Überschrift bringt der Montag-Morgen eine neue Enthüllung des Manchester Guardian über illegale Diebstahlungen des Manchester Guardian über illegale Akte der deutschen Reichswehr werden in der neuesten Nummer des Blattes mit Veröffentlichungen freigelegt, die noch größeres Aufsehen erregen werden als die früheren. Das Blatt behauptet nämlich nichts weniger, als daß im Jahre 1921 auf Veranlassung des Reichswehrministeriums deutsche Waffen nach Irland gelandt und den Aufständischen wider England geliefert worden seien. Das Blatt verleiht keine Veröffentlichungen mit folgendem Hebel: „Entlassung eines Offiziers für Unterbrechung der härtesten Revolution“, Scheitern von Berliner Reichswehrminister „Resolution“, Scheitern von Berliner Reichswehrminister „Resolution“. Die Darstellung der Vorgänge, die völlig abenteuerlich sind und für die wir dem Manchester Guardian die Verantwortung überlassen müssen, lautet wörtlich wie folgt:

„Ich bin jetzt in der Lage, über ein anderes Ergebnis zu berichten, das allerdings nicht Aufsehen bereift. Die Tatsachen liegen zurück, aber es dürfte immerhin auch jetzt noch interessanter sein, wie vielfach die Tätigkeit der deutschen militärischen Verbände gewesen ist.“

Im Jahre 1921 verpackten diese illegalen militärischen Verbände ein Schiff, beladen mit Waffen und Munition, nach Irland zur Unterstützung des irischen Aufstandes gegen England.

Der Leiter dieses Unternehmens war auf deutscher Seite ein Offizier, der späterhin wegen angeblicher Beteiligung am Erbsenverderb verhaftet wurde. Auf irischer Seite wurde diese Waffenlieferung von einem gewissen „Mr. E.“ arrangiert, der sich rühmte, an der Ermordung britischer Offiziere in Dublin teilgenommen zu haben, später verhaftet und in England interniert worden. Es gelang ihm aber, zu fliehen und nach Dänemark zu gelangen, wo er nach jetzt in ziemlich bedrängten Verhältnissen lebt.

Während der deutsche Offizier in Dänemark und die Unterbrechung wegen der Ermordung Erbsenverderb schwebt, erhielt er einen Schein über 300 000 Mark.

Anfangs wollte die Gefängnisleitung nicht erlauben, eine so große Summe abzugeben, aber er machte geltend, daß er den Betrag aus dem deutschen Reichswehrministerium erhalten habe „für geleistete Dienste“. Er erklärte, daß man auf Grund seines Eintrags Reserven ansetze, und daß man ihm darauf gestattete, den Schein in Dänemark zu kassieren. Unter diesen Umständen wurde einer der erkrankten Unterbrechung der irischen Revolution.

Zweifellos handelt es sich bei diesen sensationellen Enthüllungen des englischen imperialistischen Blattes Manchester Guardian um eine neue Lügenkampagne, die diesmal gegen die irischen Revolutionäre gerichtet ist, und von diesem Blatte behauptete der Vorwärts, daß es antimperialistisch eingestellt ist.

### Der SPD-Parteivorstand gegen die Rote Front

Berlin, 14. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Parteivorstand der SPD veröffentlicht im „Vorwärts“ eine öffentliche Warnung an die Mitglieder der SPD: „Der Parteivorstand macht darauf aufmerksam, daß analog der Stellungnahme der Partei zur IAB und RS auch die Zugehörigkeit zum Roten Frontkämpferbund unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Sozialdemokratie ist.“

Der die Verhältnis in der SPD kennt, weiß, daß das Abströmen sozialdemokratischer Arbeiter in den RFB schon starken Umfang annehmen mußte, wenn sich der sozialdemokratische Parteivorstand zu einer öffentlichen Warnung entschließen konnte. Die sozialdemokratische Presse bezieht sich natürlich, den Anweisungen des Parteivorstandes nachzukommen, und drückt diese Warnung als „Richtig ist ist verhängt, als wenn sich die Arbeiter in der roten Front zu ge-

### Landestagung der IAB Internationales Meeting der IAB Dresden

Unter diesem Kampfbild stand die am Sonnabend, den 12. Dezember 1926, im Volkshaus veranstaltete, überfüllte Kundgebung der Internationalen Arbeiterhilfe. Sie bedeutete einen aufrecht lebendigen Willensausdruck, die Sammlung und den Zusammenhalt der Interdisziplinären aller Länder mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern.

Nachdem Gen. E. Schumann, Dresden, auf die am Sonntag stattfindende Landestagung der IAB für den Freiheitskampf hinarbeitet, betrat das Rednerpult

**Wiederapp. Nordamerika.** Wiederapp ist ein alter Kämpfer des Proletariats. Schon im Jahre 1908 fand er in New York in erster Reihe. Er führte aus: „Am Vorabend der revolutionären Ausbreitung wird die Frage der bürgerlichen Demokratie täglich und stündlich den Arbeitern vor Augen geführt. Wenn zehntausend Billionäre vorhanden sind, so nur darum, weil 90 Prozent der Einwohner nichts haben als ihre Arbeitskraft. Auch die Freiheit des Gedankens und der politischen Betätigung existiert nur für die besitzende Klasse. Durch das Kapitalgesetz von 1917 wurden zehntausende von Arbeitern den Gefängnissen überliefert. Die Führer der Arbeiterbewegung sind reaktionär und stehen mit den Unternehmern unter einer Decke. Die IAB hat eine ungeheure wichtige Aufgabe: die Schaffung der proletarischen Einheitsfront. Sie arbeitet mit Erfolg. Für die streikenden Textilarbeiter hat sie 15 000 Dollar angedrückt. Die bevorstehende Krise in der Produktion (teilweise Stilllegung der Hochwerke) wird die Freilicht unserer letzten Arbeit herantreiben lassen.“

**Wiederapp. Belgien, Frankreich, England.** Er greift nun das Wort. Er weist auf die großen Kriegsgeschehnisse hin, insbesondere zwischen Frankreich und Italien. Die Reaktion in Belgien will eine faschistische Bewegung aufziehen. Der sozialdemokratische Nationalrat in Belgien ist der schlimmste Feind der nationalen Revolution in China. Andere IAB-Sektionen haben allein für die vorbehaltlose Unterstützung der englischen Bergarbeiter gekämpft. Wir alle sind verantwortlich für die Niederlage unserer englischen Brüder. Die SPD-Führer Belgiens bekämpfen uns und unterstützen die bürgerlichen Wohlhabenden. Trotzdem gewinnen wir täglich neue proletarische Kräfte zum Kampf gegen den Faschismus, für Sowjetrußland.

**Wiederapp. Holland.** Überdrängt die Größe der Wertigkeiten Hollands. Dieses Land mit 7 Millionen Einwohnern unterdrückt 15 Millionen Kolonialsklaven. Ihre schamlose Ausbeutung hat dazu geführt, daß sie ein Jahresertragnis von 24 Gulden haben (12 000 000). Das entspricht dem Wochenlohn eines holländischen Arbeiters. Redner solidarisiert sich mit den japanischen Eingeborenen, die zu den Waffen gezwungen haben, als die Plantagenbesitzer bei Zeit und Japand die Erträge ihrer Arbeit verpackten. Unsere Bewegung in Holland zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront macht gute Fortschritte. In 46 Orten haben wir unsere Agitatoren, die bestrebt sind, mit der Arbeiterschaft anderer Länder eine Kampffront zu schaffen.

**Frankreich, England (mit kläglichem Weisfall begrüßt).** Überdrängt die Größe und den Dank der englischen Bergarbeiter. Ihre Niederlage ist die der Arbeiter aller kapitalistischen Länder. Die Lehre dieses gewaltigen Ringens kann nur die sein: Welt der Reformisten die Arbeiterschaft veranlassen, muß sie sich eine revolutionäre Führung schaffen. Aber auch die Arbeiter müssen endlich um Handeln kommen. Die sechsunderttausend Tönnen Streikbrockertische werden für immer ein Schandfleck in der Geschichte der Arbeiterbewegung sein. Ein leuchtendes Beispiel proletarischer Solidarität haben die zehntausend Arbeiter, die allein 50 Prozent aller gesammelten Gelder aufbrachten. Die IAB hat großes geleistet, um Hunger und Elend aus den Reihen unserer Frauen und Kinder zurückzuführen. Viele hunderttausend Lebensmittelpakete wurden verteilt. Kleine englischen Brüder, ihre Frauen und Kinder vergesst die Hilfe nie vergessen. Ihr

meinlautes Kampfe zusammenfinden. Den öffentlichen Sammentub des Reichsbanners kann sie nicht anhalten.

### Rationalsozialisten und Winterpräsidentenwahl

Wie wir bereits am Sonnabend berichteten, hat der nationalsozialistische Abgeordnete A. Rüdiger in einer öffentlichen Wahl des Winterpräsidenten, die am Dienstag in der Landestagung erneut auf der Tagesordnung steht, in der Landestagung einen Antrag gestellt, die Wahl des Winterpräsidenten nicht in einer öffentlichen Wahl, sondern in einer Wahl der Nationalsozialisten zu veranlassen. Dieser Antrag wird in der Landestagung veröffentlicht wird, etwas konkretere Form annehmen.

„Sollten die ... Vorbesprechungen nicht zu dem erwähnten Ziele der Bildung der großen Regierung der Nationalsozialisten führen, nämlich die Rechte nicht imhinde sein, eine Regierung zu bilden, so würde für die Nationalsozialisten (und gegebenenfalls anderer Richtungen) kein anderer Weg übrig bleiben, als durch Abwesenheit bei der Winterpräsidentenwahl die Mehrheit der Stimmen einem internationalen Winterpräsidenten zu verschaffen. Ich würde in diesem Sinne gegebenenfalls das „Meinere Hebel“ erkliden müssen.“

In einer anderen Stelle heißt es:

„Sollten also die bürgerlichen Parteien die Forderung der Zeit nicht erkennen und einer politisch vielfach (aber nicht unüberwindlich), in wirtschaftlicher Hinsicht für das, was das Volk zunächst braucht, aber möglichenfalls in der Nationalsozialisten überlassen wollen, was zu ihrer eigenen Verantwortung wäre, würden die Nationalsozialisten ihrer Verantwortung, die sie dem Volke gegenüber führen, nur dadurch gerecht werden können, daß sie vorläufig der Einheitsregierung die Möglichkeit geben, sich zu bilden. Jedenfalls darf ich klar zum Ausdruck bringen, daß ich, für den Fall, daß ein neuer Versuch bei der nächsten Winterpräsidentenwahl zu erliegen wäre, meine Anwesenheit im Plenarsaal weder mit welcher Selbstachtung, noch mit meinem Verantwortungsbewußt zum Volke gegenüber in Einklang bringen könnte.“

Gemäß Artikel 28 der Verfassung ist als Winterpräsident gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Fehlen auf der bürgerlichen Seite sechs Stimmen, so ist die Mehrheit links.

Ich glaube, diese sechs Stimmen in Aussicht stellen zu können.“

Nach dieser Zuschrift des Kapitanleutnants vom Postamt ist anzunehmen, daß die Nationalsozialisten mit den Nationalsozialisten eine gemeinsame Stellung einzunehmen gedenken. Die Erklärung Rüdigers darf wohl zunächst gewertet werden als ein Schreckensruf, um die bürgerlichen Parteien zu einer Einigung über die künftige Regierungsbildung zu bringen. Es wird sich am Dienstag zeigen, inwieweit dieser Druck, den Rüdiger ausüben versucht, Erfolg haben wird.

### Kampfvorbereitungen zum Abstkundentag

Berlin, 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter des 5. Bezirkes Berlin forderte vor ihrer Disziplinären Entscheidung Kampf zur Durchführung der 46-Stundenwoche. Der Lohnvertrag soll gekündigt und die Forderung auf Lohnzurückzahlung mit allem Nachdruck verteidigt werden. Zusammengefaßt sind die Forderungen: 46-Stunden-Woche, 10-prozentige Lohnzurückzahlung, Rückzahlung der Beträge in formale Verwaltung, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, Abschaffung der Leertagezulage, die bisher den Angestellten am Beamten gewährt wurde, auch für die Arbeiter.

### Landestagung der IAB Internationales Meeting der IAB Dresden

Dank wird sein, mit verdoppelter Kraft an dem Kampf der IAB und der Schaffung der revolutionären Klassenfront zu arbeiten. Redner schloß mit einem Hoch auf die internationale Solidarität. (Die Versammelten sangen lebhaft die Internationale.)

**Genosse Neumann, Tschekoslowakei.** Überdrängt in ihrer Mutterprache die Größe der Wertigkeiten aus der Tschekoslowakei. Millionen Arbeiter stehen bereits in der proletarischen Klassenfront, bereit, für Sowjetrußland ihr Leben einzusetzen. Auch für die deutschen Arbeiter hat das tschechoslowakische Proletariat die Solidarität in der Rot mit Leben bewiesen. Für die englischen Bergarbeiter wurden in der Tschekoslowakei über 700 000 tschechische Kronen (100 000 Mark) überwiesen.

Unsere Arbeit ist viel schwerer in nationaler Hinsicht, weil in der Tschekoslowakei mehrere Nationen leben, die Solidarität wird aber ohne Unterschied der Nation von der Bourgeoisie, der tschechischen sowohl wie der deutschen, die jetzt die Macht in Händen hat, ausgebeutet.

Die Rednerin versichert, daß auch ihre Landsleute bei allen internationalen Kämpfen ihren Mann stellen werden, und appelliert an die Anwesenden, daß nach solchen internationalen Kundgebungen, wo die Arbeiterschaft wirklich in internationaler Sinne erproben wird, es ein zweites 1914 nicht mehr geben darf.

**Dr. A. Weis, Berlin, IAB der IAB.** Mit beherztem Spott weist er auf die neuesten Träger der Friedensnobelpreise hin und schlägt vor, daß auch diese einen für Sozialismus erhält. Mit einfachen, klaren Worten schildert er die Verlogenheit des Völkerbundes und die Gefahren des neubürgerlichen Imperialismus als Folge der Stabilisierung. Auch in Deutschland hätten sich die sozialdemokratischen Führer geradezu als Spezialisten der Konturrevolution und des Antisowjetismus für die Bourgeoisie betätigt. Ihre neueste Leistung, die Entsendung von Sowjetgranaten für die deutsche Reichswehr, seien in Wahrheit die Führer der SPD. Aber die Arbeiter sollten sich nicht von den Propaganda der Wertigkeiten, der die Propaganda des Vorwärts mit den schärfsten Worten zurückweist. Redner weist auf die bisherigen Erfolge und die weiteren Aufgaben der IAB hin: Hilfe für die Gemahrgelassen in England, Kinderhilfe in Deutschland, sozialpolitische Kräftekonzentration des Proletariats. Dann schildert er die Freiheitskämpfe der unterdrückten Völker im Osten und die kommende Welt-Kolonialkonferenz, und ist überzeugt, daß in nicht allzu ferner Zeit die Weltrevolution in Europa und Asien gemeinsam eine neue und bessere Gesellschaftsordnung erkämpfen werden.

Inzwischen ist folgende Entschliessung eingegangen: „Die am 11. Dezember 1926 im Volkshaus Dresden von der IAB einberufene, sehr hart beladene Kundgebung fordert die sofortige Freilassung von Ruz Hölz. Die Versammlung ist einstimmig der Meinung, daß es für das deutsche Volk eine Schmach bedeutet, wenn man trotz der Aufkündigung des Ruz Hölz demessen noch hinter Kerkermauern schmähend läßt.“

**Gen. Höder, Halle-Merseburg.** gibt eine kurze Begründung und weist zur Klärung der Klassenjustiz auf die Freilassung und Befreiung der Fremdenarbeiter hin. Die Entschliessung wird einstimmig angenommen, und es erhält das Schlußwort.

**Dininghaus, Berlin, vom Reichsverband der IAB.** Er appelliert an die Dresdner Arbeiterklasse, an dem Anruf der IAB teilhaftig mitzuarbeiten. Die Beschlüsse der morgigen Landestagung müssen unter Mitarbeit beiderer Kreise der Wertigkeiten verwirklicht werden. Mit einem Hoch auf die internationale proletarische Solidarität und dem gemeinsamen Gelong „Freiheit, zur Sonne, zur Freiheit“ usw. fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Allen Teilnehmern wird diese Kundgebung des gemeinsamen proletarischen Denkens und Handelns unvergessen bleiben.



13. Dezember 1918: Verlängerung des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und der Entente (bis 17. Januar 1919). — 1877: Heinrich Heine in Düsseldorf geb.

Lariferrhöhungen bei der sächsischen Straßenbahn

Der Verwaltungsrat der Stadt Straßenbahn hat vor kurzem eine Erhöhung der Fahrpreise beschlossen, die in der gegenwärtigen Zeit der Not einen brutalen Raubzug auf die Taschen der Werktätigen bedeutet. Am 1. Januar wird der Preis für die einfache Fahrt von 15 Pf. auf 20 Pf., der Preis für die 12er Karte von 1,50 auf 1,85 erhöht. Die auf verschiedenen Strecken bestehenden Ausfahrtsfahrten werden ab Ende Dezember beseitigt. Diese Beseitigung der Straßenbahnfahrten hat die Direktion der Straßenbahn mit der alten Reichs- und Stadtverordnetenversammlung, die sich auch im Verwaltungsrat widerspiegelt, durchgeführt. Interessant ist dabei, daß der Stv. F. i. n. e. r. d. i. s. h. (SPD) obige Erhöhung selbst vorgeschlagen hat, also der Direktion der Straßenbahn zu Hilfe gekommen ist. Erst auf den Widerspruch des Kommunistischen Vereines hin hat dann F. i. n. e. r. d. i. s. h. seinen Vorschlag zurückgezogen. Begründet wird diese Lariferrhöhung seitens der Straßenbahndirektion damit, daß in den Kriegs- und Nachkriegsjahren alle nötigen Erweiterungsbauten und Gleisverlängerungen sowie die Ergänzung des rollenden Materials, Wagen, Motoren usw. in Rückstand geraten sind und nun mit allem Nachdruck nachgeholt werden müssen. Richtig ist, daß die Dresdner Straßenbahn eine Anlage von 15 Millionen Mark aufgenommen hat zum Ausbau des Betriebes. Das darf aber unter keinen Umständen dazu führen, daß diese finanzielle Belastung in wenigen Jahren wieder aus dem Betrieb herausgewirtschaftet wird. Die Kommunisten werden im Rathaus mit allen Mitteln den Kampf gegen diesen Raubzug auf die Taschen der Dresdner werktätigen Bevölkerung führen. Man sieht auch hier wieder — „Nationalisierung“ auf der ganzen Linie, aber auf Kosten der Arbeiterschaft!

Größe proletarische Plakatausstellung in Dresden Die Gruppe Kikabot des Kommunistischen Jugendverbandes hat die Initiative ergriffen und mit Fleiß ihr Werk vollendet. Es war für die Jugendgenossen, es war für Dresden ein Festtag und es trug die Merkmale eines Anfangs an sich. Die große erhabene Hand vermittelte man, die die Ausstellung zu einer würdevollen Demonstration proletarischer Plakatausstellung machen soll. Das war der Hauptzweck dieser Ausstellung. Das Material war zu wenig gekostet und zu planlos dem kühnen Auge dargeboten. Was wollen diese Ränge ablagern gegenüber der einen Lasten: unsere Jugendgenossen haben aus eigenem Antrieb und mit eigener Kraft eine Plakatausstellung zustande gebracht, und sie gewinnt für uns den einen Wert, der allen anders in den Schalen liegt, daß sie uns von neuen noch unangenehmen Krämpfen und einseitigen neuen Ideen befreit.

Wir wandern wir an der organisatorischen Ebene der Jugendgenossen, hier an dem Tisch der Wandstellungen, unter denen die rühmlich vorbildlich sind, und an der Fülle deutscher sozialistischer Plakate vorüber, dort sehen wir die bestglanzendsten Szenen der russischen Plakate. In der Mitte der Tisch der russischen Plakate. Sie stellt unserer sächsischen Bundesorganisation ein gutes Zeugnis aus, ihre Plakate sind die besten dieser Ausstellung. Nach diesen kommen, was Grafheit und Stil anbelangt, die Plakate unserer Verwandten, die aber, das wissen wir, nicht, und noch besseres ausstellen können. Eine politisch-artistische Idee schließt nicht; sie geht der sozialdemokratischen Arbeiterpolitik der Revolutionstage. Die Fülle des Materials, das hier das Bild des Tages etwies hat uns in Stunden. Die Ausstellung demonstrierte unerschütterlich und zum erstenmal, welche Agitationsmöglichkeiten unsere Bewegung noch offen stehen. Das unsere Kikabot Jugendgenossen schon einen guten Anfang gemacht hat, wird man ihr zu danken wissen.

In Anbetracht an die Plakatausstellung, die von mehr als 50 Personen besucht war, fand ein proletarischer Unterhaltungsabend statt. Schon lange vor Beginn war der Saal des Kulturhauses überfüllt, und viele Besucher mußten wieder außerhalb. Im Jahre 1918 und 8 Jahre Republik, das war das Motto des Abends. Nachdem der Wandholmerverein „Rigoletto“ einige Kompositionen gespielt hatte, brachte Genosse Carl einige politische-revolutionäre Stücke zur Verlesung. Die Ansprache des Genossen Richard, an vielen Beispielen zeigte er die revolutionäre Tätigkeit der Jugend während des Krieges. Bekannt hat er das jährliche Jubiläum der Gruppe Kikabot des KJVD betont. An vielen kleinen Epochen — während des Herbstes um — schilderte Genosse Richard, wie die Gruppe Kikabot zu jeder Zeit ihren Mann gestanden. Aufgabe der Jugendgenossen ist es, den KJVD mehr als bisher zu unterstützen. Mit den Worten „Vorwärts immer — rückwärts niemals!“ schloß er seine Ausführungen.

Nachdem Genosse Paul einige Sachen aus dem Buch „Zehn Jahre KJVD“ vorgelesen, wurde die gut gelungene Veranstaltung mit dem gemeinsam gesungenen Lied die „Internationale“ beendet.

Mordprozeß Donner

Nachmittagsverhandlung des vierten Tages. Unklare Aussagen der Kriminalpolizei. Kriminalkommissar Hirsch, der die Verhandlung der beiden Angeklagten durchgeführt hat, erklärt, von einem Kollegen gehört zu haben, Frau Donner habe gesagt: Der Unglücksfall ist zurechenbar. Über die Aufnahme des Geständnisses berichtet er: Ich habe der Frau Donner gestellt und Fräulein Helm im Wesen der Angeklagten bittert — aber es kann möglich sein, daß ich später nur dem Sinn nach diktiert habe (1). Auf die Frage des Verteidigers Wittich: Ist es möglich, daß Krönert von einem Zweikampf gesprochen hat? — antwortet der Zeuge: Ich kann mich nicht erinnern (1). Auch als der Vorleser die Frage mehrmals klar wiederholt, weicht der Zeuge einer klaren Antwort aus. Das Geständnis ist auch vom Kriminalkommissar Hirsch mitunterzeichnet, obwohl vom Zeugen Hirsch teilweise das Verhör allein geführt wurde! Als der Vorleser dem Zeugen, weil er sich auf Einzelheiten nicht mehr erinnern kann, das Geständnis vorliest, antwortet der Zeuge: So wie es hier steht, ist es richtig. Das erstmal während des Prozesses stelle damit ein Gewand eine Frage: Ist es bei Aufnahme des Protokolls einmal festgenommen, daß der Angeklagte einen Einwand gemacht hat? Zeuge: Nein.

Kampf dem Schmutz- und Schundgesetz!

Ueberfällige Rundgebung des Kommunistischen Jugendverbandes und der Roten Jugendfront — Demonstration gegen das Rudertau.

Die gestern vom Kommunistischen Jugendverband und der Roten Jugendfront mit Unterstützung der Gruppe freier Menschen im Verband Volksgenossen, der KJVD usw. veranstaltete Rundgebung gegen das Schmutz- und Schundgesetz des Demokratischen Kulturbundes war eine Antwort auf die schändliche Haltung der KJVD-Führung bei den Bemühungen um Verfestigung der Einheitsfront gegen den deutschen Kulturhändler. Da die Rote Jugendfront anlässlich ihres zweijährigen Bestehens normirtags in einem Generalsappell zusammengekommen war, veranlaßt hat der Beginn der Rundgebung. Die Polizei hatte eine Stunde vor Beginn schon ihren ersten „Zwischenschritt“ durch die „Annenplätzen“ hindurch, wo die glühenden Farben der SPD im lebendigen Propagandaplakat für die Versammlung wurden. Nach Eintreffen der Jugendfront, die mit klingendem Spiel anmarschierte, eröffnete Gen. Sindermann die überfällige Rundgebung und ging eingangs kurz auf die von uns bereits erörterte Vorgeschichte derselben ein. Darauf ergriff

Reichstagsabgeordneter Rosenbaum das Wort zu einem Referat über den Kampf gegen das Schmutz- und Schundgesetz. In einschaltendstündlichem, ausgezeichneter Referat zeigte er den Weg dieses Schundgesetzes, dessen erster Entwurf vom dem Sozialdemokraten Schultze stammt, dann von dem Deutschnationalen Schiele aufgenommen und ausgearbeitet wurde, und den der „Demokrat“ Kult jetzt vertrot und durchdrückt. Er schilderte die 18-Monats-Diktatur der Kommunisten im Bildungsausschuss des Reichstages, die eine Verlesung des Belehentums ermöglichte und die dann abgewürgt wurde vom Tage des Amtsantritts Kult ab, der auch den Beginn der „Stillen Koalition“ mit der SPD mit sich brachte. Eingehend zeigte Gen. Rosenbaum an Hand von Beispielen, daß dieses Gesetz nur als Vorwand den „Jugendklub“ auf seine Fahne geschrieben hat, in Wahrheit aber soll mit diesem Gesetz die revolutionäre Literatur getroffen werden.

Derselbe Staat, der, wie z. B. bei der Vollzeitausstellung in Berlin, während Schmutz und Schund protestiert (man denke an die „naturgetreue Nachbildung des Zimmers des Troubadours Grotmann mit seinem letzten Opfer“), wagt hier, über den Namen der Verlesung hinaus den Sittenrichter zu spielen, die gefährlich ist, die Beurteilung künstlerischen Wertes subjektiven Willkürherrschaft zu überlassen, nicht so deutlich das Recht von Werken Georg Grah und des berühmten französischen Kabaretiers Felicien Rops.

Was dagegen erlaubt wird, ist z. B. der unter dem Protektorat St. Gg. des Generalschmarhals von Hindenburg herausgegebene Hindenburg-Kalender in Halle. In diesem ist neben heiligen Kriegskriegsbildern auch „Deutsche Geschichte“ enthalten. Darunter ist ein Satz, der merkwürdige Schlüsse auf das Verhältnis des Generalschmarhals Hindenburg (nicht des „Präsidenten der deutschen Republik“) zur Kultur zuläßt. So heißt dort über die Germanen: „Die Germanen waren vor Gott und der Vorsehung zum Herrschen bestimmt, dadurch, daß sie mit der Kultur in Verbindung kamen, wurden sie verborben!“ Das ist herausgesprochen unter dem Protektorat des Herrn von Hindenburg, also amtlich „Lied- und Lohndruck“. Im selben Kalender werden Spitzballaden gegen „Kantnerwädel“ angeboten, was zweifellos zur Erüstigung der Stachelmütze beitragen soll. So gibt also genug Schmutz und Schund in Deutschland! Wer aber soll seine Verleger? Von den auf der Schandliste enthaltenen

Kriminalkommissar Hirsch: Das kann ich leider nicht sagen. Dann wird Fräulein Helm vernommen. Sie führt aus: Im Anfang hat der Zeuge Hirsch diktiert, dann habe ich mündlich nachgeschrieben.

Der Vorsitzende fragt Krönert, was er nun zu sagen habe. Krönert antwortet: Ich will nicht bestritten, daß ich im Volkspräsidium unter dem heiligen Zusammenbruch diese Auslagen gemacht habe. Ich war dort bemüht, die Wahrheit zu sagen, aber durch die Aufregung, in der ich mich befand, habe ich Auslagen gemacht, die nicht der Wahrheit entsprechen. Nur die späteren Auslagen, die ich bei richtiger Ueberlegung vor dem Untersuchungsrichter gemacht habe, sind richtig.

Als der Landgerichtsdirektor Krönert vorwirft, daß keine Auslagen ungläubig sind und Krönert, wie der Fall Stäglich beweis, schon oft gelogen habe, erklärt der Angeklagte: Auch der Vorsitzende habe sich ja verkehrt und aus einer „dümmen Sache“ eine „dumme Sache“ gemacht. Er habe, solange es Frau Donner ferne, nie eine derartige Äußerung über sie fallen lassen.

Der große Beweis. Die am Vornittag schon einmal behandelte Sache des Kaufmanns der Frau Donner in der Zelle wird noch einmal durchgenommen. Als Zeugin martisiert die Gefangenenaufseherin Hage auf. Sie erl. Frau Donner habe gesagt, ihr Verteidiger sei in der Zelle gewesen und habe gerundet. Frau Donner bestreitet, dies gesagt zu haben, vielmehr hätte sie geäußert, daß bei einer Vernehmung in einem anderen Zimmer der Kaufmann in ihre Kleider eingeklinkt habe. Der Verteidiger zeigt, daß die Aussage der Gefangenenaufseherin offensichtlich falsch sein muß, da, wie bekannt, die Aussprachen zwischen Angeklagten und Verteidigern in einem hierfür besonderen Raum stattfinden.

Der Vorsitzende wollte diese Bagatelle offensichtlich dazu benutzen, um, wie im Fall Stäglich, bei Krönert die Ungläubwürdigkeit der Angeklagten zu beweisen.

Der unangenehme Krönert. Auf Antrag des Staatsanwaltes wird dann ein Herr Schneider vernommen. Er wollte wichtige Auslagen machen. Als Glacemessier hat er bei Donner immer die kaputtten Fenster eingesehen. In einem solchen Fenster soll er „kurze Zeit“ nach dem Tod des Donner — es können 6 Monate gewesen sein, so dem Tod des Donner — ein Bild gesehen haben, das nach seiner Meinung von Schier hergefallen. Da aus dem plötzlich auftretenden Zeugen außer tonigen Redensarten nichts zu entnehmen war, wurde er entlassen.

Die Sachverständigen. Generaloberarzt Dr. Bende: Es ist Tatsache, daß die Familie Donner stark erkrankt ist, besonders im männlichen Geschlecht. Doch ist die geistige Umnachtung bei allen in der letzten Zeit eingetreten. Obwohl Donner zweifelsohne ein guter Mensch gewesen, haben die beiden nicht zueinander gepasst. Durch die Pflege der Kinder und zwei Neugeborenen ist Frau Donner körperlich geschwächt gewesen. Auch geistlich ist sie sehr gereizt gewesen.

Frage des Verteidigers: Bemüht sich die Kugelotie, die Wahrheit zu sagen? Zeuge: Zum Teil. Bewußt läge sie nicht, nur überredet sie fast phantastisch. Auch sind ihre moralischen Qualitäten stark gelitten.

Frage des Verteidigers: Kann man der Angeklagten einen Nach antworten? Zeuge: Nein.

Besten war vor der Herausgabe der Abdruck in 338 deutschen „Sanetten“ Zeitungen erfolgt, darunter in Dresden bei den Dresdner Nachrichten, Neuesten Nachrichten und dem damaligen Anstalt Dresden Anzeiger, ebenso wie die Leipziger Neuesten Morgenpost, Katalanischer, Deutsche Zeitung und das illegale Regierungsorgan Deutsche Allgemeine Zeitung ganz unwillkürlich Schund ihren Lesern geboten haben. Das sind also die Verbreiter wirklichen Schundes und Schundes in Deutschland. Nicht eine einzige Arbeiterzeitung befindet sich auf der Liste der Herausgeber von Schund- und Schundgesetzen.

Und dennoch kämpfen die Kommunisten als Vertreter der Arbeiterschaft gegen das Gesetz, während sich die bürgerlichen Zeitungen vor Begrüßung über diesen neuen „demokratischen“ Sieg überheben. Warum? Weil dieses Gesetz nicht gegen den wirklichen Schund und Schmutz ankämpft, sondern gegen Verlesung und Propagierung revolutionärer, proletarischer Literatur. Wie auf wirtschaftlichem Gebiet, so will auch der neue bürgerliche Imperialismus auf kulturellem Gebiet „nationalisieren“. Nur Soldatentum sollen monopolisierte „Gebäudegänge“ ihrer Nutztätigkeit in die Massen werfen dürfen. Im Zeitungswesen ist das ja schon größtenteils der Fall. Einige wenige Zeitungsagenturen schreiben den bürgerlichen Redakteuren vor, was sie zu veröffentlichen haben. Ein Beispiel dafür bietet der N. A. S. Standart und die „Sowjet-Granaten“ des anglo-imperialistischen „Vorwärts“-Blatts. Deshalb beginnt auch innerhalb der intellektuellen Schichten eine starke Opposition, die von den Arbeitern erfaßt und in den allgemeinen Kampf um wirtschaftliche und geistige Befreiung eingereicht werden muß. Denn wir dürfen den Kampf gegen diesen Kulturhändler nicht losgelassen von den Tageskampffragen führen. Wir müssen hier anführen, weil brittere Schichten erfährt werden können, müssen aber dabei aufzeigen, daß diese Kulturreaktion nur gelöst werden kann mit der gesamten politischen Reaktion in Deutschland. 3 Zahlen genügen, um den Uebstand deutscher Kultur und dem höchsten deutschen Kultur zu charakterisieren.

Für Gesamten der Reichswehr bewilligt der Reichstag 2 200 000 Mark.

Für den Kampf gegen Säuglingssterblichkeit 400 000 Mk. Diefem Angriff haben nur die Kommunisten Widerstand entgegengeleitet; die SPD-Führer haben geschrien und sind dann übergelassen, um ihren bürgerlichen Koalitionsfreunden seine Schwierigkeiten zu bereiten. Die Kommunisten sind es auch die entschlossen gegen das kommende „Reinigungsgesetz“ und das „Lohnversteigerungs“ ankämpfen werden. Sie werden an diese Fragen anknüpfen, um die Massen gegen das System der kapitalistischen Romopolisierung der Wirtschaft und der Kultur zu mobilisieren.

Beleuchtet werden kann der ganze bürgerliche Schund und Schmutz mit dem seinen Hütten und Kugelnhütten nur durch die proletarische Diktatur!

Diese Ausführungen des Genossen Rosenbaum wurden oft von Zustimmung unterbrochen. Der Rede folgte kürzlicher langanhaltender Beifall. Eine Resolution, die wir Raumvergnügen morgen zum Abdruck bringen, wurde gegen zwei Stimmen mit den Stimmen der anwesenden KJVD-Mitglieder, die über die Eintragung ihrer Zeitung angelehnt der glänzenden Rundgebung empört waren, angenommen. Mit dem Gesang: „Brüder, zur Sonne...“ wurde die Rundgebung geschlossen. Anschließend daran bewegte sich ein ausgereicherter Demonstrationszug durch die innere Stadt nach dem Hauptplatz, wo nach kurzer Ansprache des Gen. Sindermann der Zug aufgelöst wurde.

Vorsitzender: Nach der Bildung, die die Angeklagte hat, konnte man ihr auch nicht den Vorbehalt mit einem Krönert wie Krönert zutrauen (1). — Damit wollte Dr. Schuder offenbar sagen, wer das tut, ist auch fähig, einen Witz zu begreifen. Seine ganze reaktionäre Stimmung zeigt sich in diesen Worten. Es gibt nicht, die feilischen und sonstigen Vorkommnisse zu unterzuchen, sondern — zu richten!

Mit dem letzten Beugen ist die Beweisaufnahme geschlossen. Montag folgen die Plaidoyer und das Urteil.

Dresdner Volkstheater G. B. Opernhaus: Montag, 13. 12. Madame Butterfly 6672-6744; Dienstag, 14. 12. Corbillac 6745-6824; Donnerstag, 16. 12. Don Vistochka 6825-6864; Sonnabend, 18. 12. Die Hochzeit des Figaro 6865-7014 u. 1-110

Schauspielhaus: Montag, 13. 12. Triltsch und seine Brüder 4986-4988; Dienstag, 14. 12. Bolpone 4989-5081; Donnerstag, 16. 12. Triltsch und seine Brüder 5082-5092; Freitag, 17. 12. Rote Berne 5093-5141; Sonntag, 20. 12. Bolpone 5142-5220

Die Komödie: Montag, 13. 12. Die leichte Olivia 1651-1710; Dienstag, 14. 12. Alles für die Firma 1711-1760; Mittwoch, 15. 12. Daselbe 1761-1810; Donnerstag, 16. 12. Daselbe 1811-1910; Freitag, 17. 12. Daselbe 1911-1960; Sonnabend, 18. 12. Daselbe 1961-2010; Sonntag, 19. 12. Daselbe 2011-2060; Montag, 20. 12. Daselbe 2061-2060

Albert-Theater: Montag, 20. 12. abends 7.30 Uhr Volkstheater: „Der Registrator auf Reisen“, aufzuziehene Nummern 2901-3300. Die Gucksteine für das Albert-Theater werden vor im den Volkstheaterstellungen der Dresdner Volkstheater G. B. eingelöst. Das nächste Eintragskonzert findet am 29. Dezember 1918 als Eintragskonzert statt. Die Nummern werden noch bekanntgegeben.

Rundfunk

Dienstag, den 14. Dezember: 6.30-8 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Kuntze. 6.30-8 Uhr: Frauenfunk. Dr. Hildegard Heyne, Kultus am Stadt. Museum für bildende Kunst zu Leipzig: „Die Frau in der bildenden Kunst.“ 6.30-7 Uhr: Besprechungen aus den Kurzeinsparungen auf dem Büchermarkt. 7-7.30 Uhr: Dr. Gerhard Salomon: „Schutz vor Kreditverlusten.“ 7.30-8 Uhr: Dr. Rudolf Koch: „Brasilien, der brasilianische Volkstanz.“ 8 Uhr: Wettermvorhersage und Zeitangabe. 8.30 Uhr: Uebertragung aus dem Künstlerhaus in Leipzig: Geschichte des Schlagens und Balzers in den letzten vierzig Jahren. Rahmenkonzert: Prof. Dr. Julius von der Leipziger Universität, Musikalische Leitung: Dr. Mart. Kuntze. 10.30-12 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.45-12 Uhr: Tanzmusik.

Verantwortlich für den Dresdner und Oibschensoll: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Willi Schweizer, Freib. — Druck: Verlags-Druckerei, Kleine Dresden.

# Die Dresdner SPD-Fraktion und die Erwerbslosen

Ein Wort an die erwerbslosen sozialdemokratischen Arbeiter

Wieder wie im Vorjahr haben die Erwerbslosen die Forderungen aufgestellt, die Stadt solle ihnen außer Kohlen, Kartoffeln usw. eine einmalige Beihilfe in Geld gewähren, damit sie einigemmaßen in Stand gesetzt werden, vor Eintritt des Winters wenigstens die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Sie haben diesmal ihre Wünsche allen Stadtverordnetenfraktionen mitgeteilt. Und wieder war es, wie im Vorjahr, die sozialdemokratische Fraktion, die den Bürgerlichen zu Hilfe kam und ihnen die Abrechnung dieser Forderungen ersichtlichte.

Das, was sich diesmal der Kollege Köhler als Vertreter seiner Fraktion leistete, übersteigt das Maß alles dessen, was wir von dieser Seite gewöhnt sind.

Sozialdemokratische Arbeiter! Schaut euch die Gutachten genauer an und urteilt selbst!

Das Köhler die Geldbeihilfe ablehnt mit der Begründung, daß die Bewilligung durch den § 41 der Reichserwerbslosenverordnung verboten ist, ist uns bekannt. Das ist dasselbe Argument, das die Bürgerlichen auch bringen! Diesmal aber bekümmert er ganz andere Sachen. Er sagt wörtlich:

„Auch wenn dem (den Forderungen) keine gesetzliche Bestimmung entgegenstände, würden wir sie ablehnen.“

Und das dürfte er legen unter Zustimmung seiner Fraktion und dem Beifall der Bürgerlichen bis zu den Deutschnationalen.

Sozialdemokratische Klassenkassen! Gibt euch das nicht zu denken?

Welche Gründe führte er dafür ins Feld?

„Es ist unmöglich, daß die Stadtgemeinde allein so viel Mittel für die Erwerbslosen aufbringen kann; sie kann dazu auf anderem Gebiet nicht das Nötige leisten!“

Das sagt derselbe Köhler, der erst vor wenigen Tagen die Bürgerlichen, die doch die Verwaltung der Stadt Dresden beherrschen, beschuldigt und hanswurstig nannte und dafür aus der Sitzung ausgeschlossen werden sollte. Das ist derselbe Köhler, der wiederholt gleich uns dem Rat nachgewiesen hat, daß er immer Geld habe für zünftige Zwecke, wie Infanterieschule, Bürgerliche Säug- und Kindkinderkassen usw. Wiederholt hat er mit uns dagegen gekämpft, daß der Rat eine Interessengruppe zugunsten der bürgerlichen Klasse treibe und dabei den Stadthaushalt nicht spare.

Sich ihr damit einverstanden, daß mit euren Steuerbeiträgen Tausende von hohen Beamten Gehälter von 12-25000 Mark und darüber hinaus bekommen, daß die Polizei immer größere Summen verschlingt, und daß für kirchliche Vereine dauernd Bewilligungen gegeben werden, während für die Erwerbslosen keine Mittel da sind?

Weder nicht genug damit. Wenn Köhler die geforderte Summe so hoch war, konnte er es dann nicht den Bürgerlichen überlassen, andere Vorstöße zu machen? Ist es die Aufgabe eines Arbeitervertreters, die Forderungen der Arbeiterklasse selbst herbeizuführen? Welcher Gewerkschaftsführer, der einigermassen Klassenbewußtsein in sich trägt, bietet dem Unternehmer von vornherein an, weniger zu bewilligen als gefordert ist?

Köhler hat nicht nur das getan! Häufig hat er die Vertreter der Erwerbslosen, die Hilfe für die Bedingten, so lautet die Forderung der Erwerbslosen. Und zwar für alle Erwerbslosen. Das hat Köhler davon in sein Gutachten aufgenommen? Die geforderte Summe von 15 Mark, die in Form von Guthaben in seinem Gutachten eingeleitet sind, wird er nicht einmal allen Erwerbslosen zugute kommen lassen, sondern nur „den in besonderer Notlage Befindlichen“!

Aus der Erkenntnis heraus, daß mit dieser Einschränkung nur ein ganz geringer Bruchteil von Erwerbslosen diese Beihilfe bekommen wird, hat die kommunistische Fraktion im Winterhilfsausgaben (Werner) Streichung der Bedürftigkeitsklausel beantragt.

Das wurde abgelehnt, sowohl im Ausschuss wie im Plenum. Von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen!

Wetter sah das kommunistische Minderheitsgutachten vor, daß die Summe von 15 Mark, die in Guthaben ausgegeben werden sollte, auf 30 Mark erhöht wird. Wir haben das deswegen getan, damit diejenigen, die gegen die Streichung der Bedürftigkeitsklausel, gegen die allgemeinen Gehaltsforderungen der Erwerbslosen gestimmt haben, sonst aber einsehen, daß die Summe von 15 Mark zu niedrig ist, wenigstens für die Erhöhung auf 30 Mark stimmen können.

Sozialdemokratische Arbeiter! Wir glauben euch davon überzeugen zu können, daß die Stadtgemeinde Dresden wohl in der Lage wäre, die ganzen Forderungen der Erwerbslosen zu bewilligen, deshalb stellen wir an euch die Frage:

Sieht ihr innerlich wirklich davon überzeugt, daß 15 Mark nur vorläufig ein „besonders bedürftige“ Erwerbslose, aussergewöhnlich sind, um das allernotwendigste zu befriedigen?

Es sollen dafür, wie im Gutachten Köhler angegeben ist, Lebensmittel und Kleidungsstücke angeschafft werden. — Wagt ihr nicht selbst, wer von Vorkriegszeit als „bedürftig“ angesehen wird? Kommt ihr nicht aus eigener Erfahrung die Schlägen, die dabei vorgenommen werden? Ist das nicht eine Verhöhnung der gesamten Arbeiterklasse? Die sozialdemokratische Fraktion hätte die Möglichkeit, zu dem kommunistischen Minderheitsgutachten getrennte Abstimmung zu verlangen. Sie hätte alle anderen vor uns aufgestellten Forderungen ablehnen können und braucht nur für die Erhöhung dieser 15 auf 30 Mark zu stimmen. Sie hat auch diese Erhöhung dieser 15 auf 30 Mark abgelehnt!

Warum?

Auf den Gesühnern der sozialdemokratischen Stadtverordneten war zu sehen, und in persönlicher Aussprache haben es einige ausgesprochen, daß 15 Mark zu wenig ist, und daß sie durchaus die Meinung Köhler nicht billigten. Nur der Fraktionsvorsitzende und die Anzahl, die die Erwerbslosen gegen Köhler die diese Erhöhung den Kommunisten zu verdanken hätten, bestimmten sie zur Ablehnung.

Der Anhangsel, den Köhler mit den Bürgerlichen im Ausschuss getrieben hat, wird am besten durch nachfolgendes beleuchtet:

„Da auch die sozialdemokratischen Vertreter nicht abtreten können, daß aus den Reihen der Erwerbslosen Klagen kommen über die unangenehme und einseitige Behandlung durch die Arbeitsvermittlung, hatte Köhler in seinem Gutachten einen Antrag vorzulegen. Dieser Antrag sollte sich aus Vertretern der Einwohnervereine, also auch der Gewerkschaften, zusammensetzen, um eine Kontrolle ausüben zu können. Im Winterhilfsausgaben sollte die Bürgerlichen den Kollegen Köhler, er solle doch diesen Antrag ablehnen, sonst mache er es ihnen zu schwer, für ihre Gutachten zu stimmen. Darüber reiste sich Köhler auf und drohte dem Bürgerlichen, daß sie dann selbst lehren sollten, wie sie mit der Erwerbslosenfrage fertig würden. Wörtlich sagte er zu den Bürgerlichen:

„Wenn Sie nur dann gefälligst selbst in die Erwerbslosenvereine kommen, wo die Kommunisten das Maul aufreißen und ich ihnen entgegenstehe mal!“

Auf diese händelnden Drohungen hin bestanden die Bürgerlichen wiederum, und der Stadtverordnete Richter (Deutsche Volkspartei) sagte:

„Na, wie müssen ja, wenn auch der Kollege Köhler manchmal recht groß wird, im Grunde genommen meist er es ja gar nicht.“

Sozialdemokratische Erwerbslose!

Sieht ihr daraus nicht mit aller Deutlichkeit, weshalb die Bürgerlichen besten, eure Forderungen abzuschlagen? Erkennt ihr nicht daraus, daß die Bürgerlichen froh waren, als Köhler ihnen diese Aufgabe abnahm?

Und wie hat Köhler diese getan?

Den Antrag, für den er fast eine halbe Stunde im Ausschuss gesprochen hat, und von dem er selbst sagte, daß es ihm fast das ganze Gutachten wertig sei, hat er den Bürgerlichen das Heft fallen gelassen! Hat das Gutachten Köhler aufmerksamer, ob ihr folgenden Antrag darin findet:

c) Zum Zweck der einwandfreien Anwendung der Arbeitsvermittlung sowie zur Besetzung und zur Entlastung der Arbeitsstellen des Bürgerlichen bei jeder Kreisstelle einen besonderen Beirat zu bilden, dessen Mitglieder aus den Reihen der Bürgerlichen von den Stadtverordneten zu wählen sind.

Vorläufig aus dem ursprünglichen Gutachten Köhler entnommen. Wir fragen alle proletarisch denkenden Erwerbslosen, ganz gleich, welcher politischen Richtung:

Sollen die Bürgerlichen nicht alle Kräfte, dem Gutachten Köhler leugend zustimmen?

Haben die Kommunisten nicht recht, wenn sie behaupten, daß durch dieses Mandat wiederum die Erwerbslosen die Betroffenen sind? Haben wir nicht recht, wenn wir die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion anklagen, daß sie angesichts der großen Not der Erwerbslosen, angesichts der Frechheit der bürgerlichen Gesellschaft in Dresden dem Bürgerlichen Helfershelfern leisten?

Wir fordern alle christlichen Parteien auf, unsere Parteimitglieder zu prüfen.

Auch nicht ein Wort kann davon abgesehen werden! Die Not der Erwerbslosen in Dresden kann nur gelindert werden, wenn die Erwerbslosen mit Erfolg gekämpft werden, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter auf ihre Forderungen achten und vor allen Dingen lehrten Anteil an der Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit nehmen.

Wie im Landtag, streifen es die SPD-Mitglieder auch in den Gemeinderatparlamenten. Wenn das Plenum in Gefahr ist, treten die SPD-Mitglieder als Vertreter auf, um die Rechte der Kapitalisten zu schützen. Die kommunistische Fraktion wird in öffentlichen Versammlungen am Rande mit den Rednerinnen über die Vorgänge im Stadtparlament diskutieren und fordert auch die SPD-Arbeiter auf, ihre Meinung Ausdruck zu geben.

## 2 Jahre rote Jungfront!

Morgen Dienstag, 11. Dez., abends 7,30 Uhr

Große Kundgebung der Jungfront  
anlässlich ihres Jahrestages, in der  
„Reichskrone“, Nikolaistraße

Künstlerische Darbietungen unter Mitwirkung der gesamten Dresdner Schützengilde. Eintritt 30 Pf., Erwerbslose gegen Aufweis 10 Pf.

Klassenbewußte Propaganda, Jungarbeit! Eintritt in Massen!

## Aus Dittschon

Redebeit. Der Arbeiterrat im Gebiet des Arbeiternaherweites Radeberg und Umgebung ist im Monat November ein Bild lebendiger Bewegung. Bei der Reichstagswahl wurden 34 (125 männliche, 120 weibliche) Arbeitstischende neu gewählt. Von diesen haben 168 (100 männliche, 68 weibliche) Vorstellungen gegenüber. Am Monatsende des Monats noch 1429 (1291 männliche, 332 weibliche) Arbeitstischende gegen 1014 (1200 männliche, 332 weibliche) am Beginn des Monats Dezember. Im Gesamtvergleich über alle die Lage ist es also ein Fortschritt. An der Hand der Zahl der unterrichteten Erwerbslosen ergibt sich aber, daß die Ermüdung der Lage in den Landgemeinden weniger günstig war als im Bezirk der Stadt Radeberg. Die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen liegt im ganzen von 111 auf 117. Da in der Stadt Radeberg einerseits von 12 männlichen eine Abnahme von 10 weiblichen unterrichtet wurde, so ergibt sich hier eine Abnahme von 7 Prozent. In den Landgemeinden dagegen liegt die Zahl der männlichen unterrichteten am 10. die der weiblichen um 10, die Gesamtzahl in den Landgemeinden also um 30. Am Ende des Monats waren vorhanden in der Stadt Radeberg 803, in den Landgemeinden 304 unterrichteten Erwerbslosen. Bei Beurteilung der Lage im Gebiet der Stadt Radeberg muß aber beachtet werden, daß hier im Laufe des Monats nicht weniger als 32 (24 männliche, 8 weibliche) Unterlichte wegen Mangel der Arbeitsvermittlungsgeldener aus der Unterlichtung ausgeschieden sind. Die neuangeleitete Arbeiterliste wurde im Stadtgebiet am 1. Dezember 10 (10 männliche, 10 weibliche) ausserunterrichteten Erwerbslosen zuzählt. Auch bei der Erwerbslosenfrage zeigt sich die lebhafteste Bewegung der Arbeiterklasse im Monat Dezember. Es fanden nicht weniger als 563 Unterlichtungsstellen (372 in der Stadt, 191 auf dem Lande) ihre Freigabe. Tagungen wurden neu genehmigt 577 Unterlichtungsstellen (318 in der Stadt, 259 in den Landgemeinden), dazu kamen ferner 34 Fälle in denen Einträge gegen Entscheidung der Unterlichtungs- oder Abweisung durch den Verwaltungsausschuss beobachtet wurde. Die Zahl der Kurzarbeiter am 1. Dezember betrug 21.

Reiberg. Obwohl wir schon mehrere Male berichten konnten, daß unsere Zeitungserläufer immer und immer wieder mit der Polizei beim Verkauf behindert wurden, konnten wir bisher nicht mitteilen, auf welche Veranlassung dies geschah. Durch Zufall ermittelten wir nun jedoch den Anzeigenschreiber und wollten ihn zur Information für unsere Arbeiterklasse mitteilen. Die wiederholten Anzeigen geben von Herrn Oberbürgermeister Spektor eine Menge aus der dazu scheint viel Zeit hat, aber desto weniger Zeit für die Erledigung seiner ihm verpflanzten Aufgaben. So wurde z. B. ermittelt, daß ein Beschwerde wegen gleichzeitiger Mißverurteilung dort am 1. Dezember abgegeben wurde, aber am 8. Dezember immer noch dort lag, während aber der Herr Oberbürgermeister das unzulässige Zwangsbeitragsverfahren ruhig weiterführte. Der Herr Oberbürgermeister unteren nach dort bescheidenen Vertreter einig mit der Redezeit überließ, daß er trotz anderer Angelegenheiten nicht mehr plant, daß wir hiermit dieses der Öffentlichkeit bekannt. Den an der Behinderung besonders Interessierten aber lassen wir nur: Ihr kommt uns, doch ihr zwingt uns nicht!

Reiberg. Obwohl dem Rat zu Reiberg, was ersten Beamten des Arbeitsamtes daran gefehlt ist, den Betrieb der „Arbeiterklasse“, vor dem Erwerbslosenamt zu befehlen, haben wir schon mehrfach kritisiert. Ein neuer Fall zeigt, daß den anderen vielen wurde an. Als am Donnerstag ein Genosse die Zeitung verkaufte, schickte man ihn nach dem ersten Teil dort fand, eine Arbeitsvermittlungskasse besetzt, und riefte ihn, er solle sofort nach dem Stadtkommissar gehen. Da kein anderer Genosse dort war, was die Herr Herren nun machen konnte, die der Genosse die Zeitung nicht ohne weiteres lassen sollte, doch die Dame er in dem beten. Berichten er wollte um 11 Uhr gehen. Darauf kam nach einer Viertelstunde der Beamte nochmal, holte die Karte wieder ab und

sagte: „Sie haben die Arbeit verweigert, das wollen wir nicht haben.“ Und tatsächlich hat man dem Genossen ohne weiteres die Erwerbslosenunterstützung entzogen. Man muß ja nur munter, wie Strauß, die selbst aus Arbeiterkreisen kommen, wollen verurteilen können. Die Herren sollten dann selber doch sie auch einmal wieder in die Lage kommen lassen, selber gehen zu müssen, und was man erweist, andere, aber ihre Begehrung denken. Weiter müßten wir den Arbeitern die Erwerbslosen sagen, was für ein Herr der Herr Oberbürgermeister für sie hat. In einer der letzten Reden der Stadtverordneten Sitzung vor die Tür kommen und lassen zu dem Herr Piltig, leben Sie zu doch Sie bei ihrer Fraktion die Erwerbslosen durchbringen, nur dann können wir an eine Mehrheit auch das Verhalten dieses noblen Herrn Oberbürgermeisters, nicht!

Obercunnersdorf bei Klingenberg. (Katholiken). Was ist die Gewerkschaft? Der Gewerkschaftsrat, der durch Arthur Köhler in Dippoldisowalde sein abgebranntes Gut wieder aufbauen. Unter Genosse Hans Wolf zwingt, daß u. a. die arbeitlosen Arbeiter in Dippoldisowalde gearbeitet hat, bekommt er plötzlich ohne Abrechnung seine Gehaltsausweise mit dem Namen „wegen Arbeitslosigkeit“. Da auf der Baustelle täglich Überstunden gemacht werden, Freitag und am Sonntag, den 28. November, den ganzen Tag gearbeitet wurde, alles ohne tarifliche Zuschläge. Die Wahrheit der Angabe klar auf der Hand. Gen. Köhler hat die Baustelle ein. Darauf erklärte der Herr Bruno Göbel wörtlich: „Da hast deine Arbeit gemacht, ich kann dir nicht nachsagen, aber auf Veranlassung von Göbel müßte ich gehen, weil du eine Disziplin der Verbandsgewerkschaft gemacht hast, dadurch werden die Leute verärgert und ich nicht deinen guten Ruf schaden.“ So der Herr Bruno Köhler, aber nach der Baustelle Köhler? Nichts. Das macht der Baustellengewerkschaft. Bis heute nicht. Hat die Baustelle nicht weiter Überstunden? — Kollegen, macht auf, halt den Versammlung sofort nach, zeigt der Gesellschaft, was ihr ist, wenn ihr zusammenkommt! Hebt Solidarität!

Höher! (Katholiken). Was ist die Gewerkschaft? Der Gewerkschaftsrat, der durch Arthur Köhler in Dippoldisowalde sein abgebranntes Gut wieder aufbauen. Unter Genosse Hans Wolf zwingt, daß u. a. die arbeitlosen Arbeiter in Dippoldisowalde gearbeitet hat, bekommt er plötzlich ohne Abrechnung seine Gehaltsausweise mit dem Namen „wegen Arbeitslosigkeit“. Da auf der Baustelle täglich Überstunden gemacht werden, Freitag und am Sonntag, den 28. November, den ganzen Tag gearbeitet wurde, alles ohne tarifliche Zuschläge. Die Wahrheit der Angabe klar auf der Hand. Gen. Köhler hat die Baustelle ein. Darauf erklärte der Herr Bruno Göbel wörtlich: „Da hast deine Arbeit gemacht, ich kann dir nicht nachsagen, aber auf Veranlassung von Göbel müßte ich gehen, weil du eine Disziplin der Verbandsgewerkschaft gemacht hast, dadurch werden die Leute verärgert und ich nicht deinen guten Ruf schaden.“ So der Herr Bruno Köhler, aber nach der Baustelle Köhler? Nichts. Das macht der Baustellengewerkschaft. Bis heute nicht. Hat die Baustelle nicht weiter Überstunden? — Kollegen, macht auf, halt den Versammlung sofort nach, zeigt der Gesellschaft, was ihr ist, wenn ihr zusammenkommt! Hebt Solidarität!

Itzehoe. (Katholiken). Was ist die Gewerkschaft? Der Gewerkschaftsrat, der durch Arthur Köhler in Dippoldisowalde sein abgebranntes Gut wieder aufbauen. Unter Genosse Hans Wolf zwingt, daß u. a. die arbeitlosen Arbeiter in Dippoldisowalde gearbeitet hat, bekommt er plötzlich ohne Abrechnung seine Gehaltsausweise mit dem Namen „wegen Arbeitslosigkeit“. Da auf der Baustelle täglich Überstunden gemacht werden, Freitag und am Sonntag, den 28. November, den ganzen Tag gearbeitet wurde, alles ohne tarifliche Zuschläge. Die Wahrheit der Angabe klar auf der Hand. Gen. Köhler hat die Baustelle ein. Darauf erklärte der Herr Bruno Göbel wörtlich: „Da hast deine Arbeit gemacht, ich kann dir nicht nachsagen, aber auf Veranlassung von Göbel müßte ich gehen, weil du eine Disziplin der Verbandsgewerkschaft gemacht hast, dadurch werden die Leute verärgert und ich nicht deinen guten Ruf schaden.“ So der Herr Bruno Köhler, aber nach der Baustelle Köhler? Nichts. Das macht der Baustellengewerkschaft. Bis heute nicht. Hat die Baustelle nicht weiter Überstunden? — Kollegen, macht auf, halt den Versammlung sofort nach, zeigt der Gesellschaft, was ihr ist, wenn ihr zusammenkommt! Hebt Solidarität!





# Kampf der Gewerkschaften der Sowjetunion in den Privatbetrieben

Eine neue Einsatzphase des Vorwärts

In der letzten Zeit beschäftigen sich die Gewerkschaften und die Gewerkschaftsvereine in den Privat- und Konzeptionsbetrieben. Die NEZ, die privatwirtschaftlichen Betriebe innerstaatlich, Schranken zulässt, hat den Zweck, das Privatkapital für die Ziele des sozialistischen Aufbaus der Wirtschaft zu gewinnen. Dabei darf aber kein Augenmerk aus dem Auge verloren werden, daß die Lage des Proletariats in diesen Privatbetrieben unter ganz anderem Gesichtswinkel betrachtet werden muß, als diejenige in den Staatsbetrieben. Während in den nationalisierten Betrieben, unter dem konsequent sozialistischen Tempo, das Mehrprodukt für den Aufbau des sozialistischen Staates, für den Aufbau des sozialistischen Wirtschaftswunder, ohne daß ein Kapitalist oder eine Kapitalistengruppe sich einen Mehrwert aneignen können, liegen die Dinge in Privatbetrieben anders. Hier werden die Arbeitsverhältnisse hier doppelt und dreifach schwerer kontrolliert und diktiert, aber dennoch zum proletarischen Staat durch den Arbeiter durch den Kapitalisten. Die Gewerkschaften der Sowjetunion machen ihre Aufgabe darauf aufmerksam, daß der Kampf für die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen des Proletariats in den Privatbetrieben die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist. Die verschiedenen Formen der Gewerkschaften, wie sie in den nationalisierten Betrieben bestehen, dürfen nicht automatisch auf die Privatbetriebe übertragen werden. So haben die sogenannten „Produktionsvereine“, eine Organisationsform, in der besonders die Teilnahme der Arbeiter an der Gestaltung des Produktionsprozesses zum Ausdruck kommt, keinen Sinn in den Privat- und Konzeptionsbetrieben. Besserweise ist es auch besser, daß die Gewerkschaften ihre Organisationen ausweisen, auf das Streben des Klassenbewusstseins der Arbeiter in den Privatbetrieben hinzuwirken und den Verhältnissen der Kapitalisten die Arbeiterbewegung durch Gewährung seiner „Gaben“ zu unterstützen, besonders Widerstand zu leisten.

Dieses Verhalten der Gewerkschaften der Sowjetunion steht durchaus im Einklang mit der revolutionär-proletarischen Linie der Gewerkschaften der SU. Aber es wäre ein Wunder, wenn die menschenwürdige Presse mit dem Vorwärts an der Spitze, sich aus dieser Angelegenheit nicht verhalten hätte. Kapital für die Wirtschaftswunder zu schlagen. So bringt der Vorwärts in der Zeitungsansage eine Note, in der er sich auf Grund einer E.D.-Mitteilung über die Verfügungen der russischen Gewerkschaften äußert und den Schluß zieht, daß die gewerkschaftlichen Verbände der Sowjetunion angewiesen werden, sich solcher Verfügungen zu enthalten, die eine Liquidierung des Unternehmertums zur Folge haben könnten.

Die Ausführungen des Vorwärts sind ebenso fälschlich wie unklar. Es ist klar, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der russischen Arbeiter in den Privat- und Konzeptionsbetrieben nicht losgerissen können. Privat- und Konzeptionsbetriebe auf dem Boden der Sowjetunion überhaupt unmöglich zu machen. Das Vorwärts wurde nach der Idee der NEZ für den Wirtschaftswunder des Staates in Hilfe gerufen. Aber auch in den Privatbetrieben steht der proletarische Staat auf Seiten des Proletariats. In diesem, und in keinem anderen Sinne sind die Ausführungen der Gewerkschaften zu verstehen. Es müßte etwas lauter sein, daß der Vorwärts, der seine Gesinnung vertritt, um die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und sich in der Front des Kapitals einzureihen, in der Frage der russischen Gewerkschaften, dort Marx schlägt, wo nicht der geringste Grund zur Feindschaft für die Arbeiterklasse vorliegt.

## Dauerarbeitslosigkeit und verschärfter Klassenkampf

Die Leipziger Volkszeitung zur Nationalisierung. Die einzige Zeit verurteilt die Forderung in seiner Zeitschrift „Die Weltanschauung“ eine neue Theorie zu entwickeln, die darauf hinausläuft, die Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft zu wischen. Er behauptete, daß die Nachkriegsentwicklung in Deutschland zu einer Wiedervereinigung der Klassengegensätze führe, daß die Nationalisierung letzten Endes zu einem Aufstieg der Arbeiterklasse beitragen würde, und schied sich so an, gewissermaßen die Grundlage für die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik des Reformismus zu liefern. Die Leipziger Volkszeitung antwortet in ihrer Nummer vom 9. Dezember auf diesen Vorwurf ihres Parteigenossen. Sie bezieht sich mit Recht auf Karl Marx, der bereits vor mehr als 60 Jahren erklärt hat: „In dem Maße, in dem das Kapital die Arbeit produktiver macht, vermindert sich seine Nachfrage nach Arbeit im Verhältnis zu ihrer Größe.“ Die Leipziger Volkszeitung fährt fort: „Das ist der Sinn der niegeprüften Nationalisierung: Verschärfung

des Arbeitsprozesses, Verringerung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine... Der Lohnanteil tritt gegenüber den übrigen Kosten der Produktion in der Kalkulation des Kapitalisten zurück.“ Daraus zieht die Leipziger Volkszeitung die folgenden Folgerungen:

Je geringer aber der für Löhne und Gehälter ausgewandene variable (aus Löhnen und Gehältern bestehende) Kapitalbestandteil, desto größer die Zahl der Arbeitskräfte, die infolge der „Nationalisierung“ keine Verwendung mehr finden und als Überflüssiger gemieden werden, um durch ihr bloßes Vorhandensein die Lohnhöhe der noch beschäftigten Arbeiter immer tiefer zu drücken. Das heißt: mit der Folge der „Nationalisierung“ zunehmender Bedeutung des konstanten (aus Maschinen, Rohstoffen usw. bestehenden) Kapitalbestandes wächst die Arbeitslosigkeit und mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit wächst die Gefahr, daß sich die Arbeitsbedingungen auch für alle die verbleibenden, die noch im Betriebe stehen. Die Krise der Weltwirtschaft ist ein Beweis an der Hand, daß ein Anstieg der Produktivität, ein Anstieg der Lohnhöhe für Industriearbeiter eingetriggt ist und Millionen von Proletariatsarbeitern dauernd arbeitslos sind, wodurch ein Druck auf dem Arbeitsmarkt ausüben. Infolgedessen nimmt auch der Lohnanteil, in dem sich die Arbeiterklasse zum Kapital befindet, an Dauer immer weiter zu. Der Nationalisierungsprozess selbst also und damit verbundene Inzucht der Produktion des Anteils des Arbeitslohnes an den Produktionskosten bedeuten in den Händen des Kapitals eine Waffe nicht zur Wiedervereinigung, sondern zur Verschärfung der Klassengegensätze. Und der Nationalisierungsprozess ist es, der fortlaufend Arbeitskräfte frei macht, das Heer der Arbeitslosen vermehrt und jede Aussicht darauf, daß dieses millionenfache Erwerbslosheer im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft jemals wieder vom Produktionsprozess aufgelassen werden könnte, vernichtet.

Die Leipziger Volkszeitung erklärt ferner, daß der bürgerliche Staat, um die aus der Dauerarbeitslosigkeit resultierenden politischen Gefahren für seinen Bestand zu mildern, die Erwerbslosenunterstützung durchführt, die Mittel hierzu aber den noch in den Betrieben lebenden Arbeitern von ihrem Arbeitslohn durch Steuern abzieht:

Entsprechend vermindert sich also der Lohn der Proletariats. Der „nicht so unmittelbare und unermittelte Gegenstand“ (Hilfsleistung) wirkt sich dann so aus, daß an die Stelle des kapitalistischen Kapitalisten der Staat tritt, der die Löhne — das ist der eigentliche Sinn der Verteilung der Steuerlasten in Deutschland — weiter beschneidet.

Die Theorie der Leipziger Volkszeitung ist schon richtig, nur verfehlt sie, daraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Wenn bürgerlicher Staat und Kapitalistenhand in Hand arbeiten an einer Verringerung des Arbeiteranteils am gesellschaftlichen Gesamtprodukt, wenn die kapitalistische Nationalisierung den Kapitalismus in vielen Betrieben untergründet, so stellt doch die Aufforderung der gewerkschaftlichen Zentralinstanzen an die deutschen Arbeiter, die Nationalisierung zu fördern, einen glatten Verrat an den proletarischen Klasseninteressen dar. Wenn die Konsequenz dieser Empfehlung auf eine Verschärfung der Klassengegensätze hinausläuft, so ist doch die gegenwärtige Gewerkschaftspolitik, die auf Kompromiß und Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern hinausläuft, eine Arbeitsmethode, die nur im Interesse der Kapitalisten liegt, während im Interesse der Arbeiter eine gewerkschaftliche Strategie liegen würde, die der Verschärfung der Klassengegensätze Rechnung trägt und die Arbeiterklasse in breiter Front gegen das isolierte Unternehmertum zusammenschließt. Die Leipziger Volkszeitung zieht diese Konsequenzen nicht. Diese Aufgabe bleibt den Mitgliedern der Gewerkschaften überlassen.

## Reaktionäre Vorkämpfe der Dresdner Handelsherren

Die Transportarbeiter im Groß- und Kleinhandel kließen in den „Kassenlosen“ am Donnerstag eine gabelte Versammlung ab. Der Verbandsvorstand Kollege Häsel schickte die Ermüdung des Lohn- und Arbeitsvertrags seit dem Juni 1925. Der letzte Gehaltsvertrag und die Unorganisierten sind nach seiner Auffassung Schuld daran, wenn bis jetzt keine Lohnsteigerung gefordert und durchgeführt worden ist. Die Lage sei jedoch sehr bedauerlich. Die wichtigsten Verhandlungspunkte, wie Brot und Kartoffeln und auch die Mieten sind erheblich gestiegen. Am 31. Dezember dieses Jahres laufen die gesamten Handels- und Transportverträge in Sachsen ab. Der Kampf gegen den Arbeitgeber verhandelt. Die Unternehmer planen die Verschärfung der Arbeitsbedingungen auf der ganzen Front. Auch der Lohn soll noch gesenkt werden. In der letzten Front sollen bedeutende Verschärfungen eintreten. Während jetzt der Urlaub nach jährlicher Beschäftigung bereits 12 Tage beträgt, sollen in Zukunft bei 12jähriger Beschäftigung 10 Tage

gewährt werden. Als Stichtag für den Antritt des Urlaubs soll jetzt der Tag der Einstellung. Nach dem Wünschen der Unternehmer soll in Zukunft der 1. April als Stichtag festgelegt werden. Auch bei den sonstigen tariflichen Bestimmungen, wie Fortzahlung des Lohnes bei Krankheit fordern die Unternehmer Verschärfungen. Während jetzt noch dem ersten Jahre der Beschäftigung 2 Wochen, nach dem zweiten Jahre der Beschäftigung 3 Wochen und nach dem dritten Jahre der Beschäftigung 4 Wochen gewährt werden, wollen die Unternehmer nach zweijähriger Beschäftigungsdauer 1 Woche, nach vierjähriger Beschäftigungsdauer 2 Wochen und nach achtjähriger Beschäftigungsdauer 3 Wochen Lohn bei Krankheit fortgewährt werden. Während jetzt der erste Tag der Krankheit bezahlt wird, sollen in Zukunft die ersten drei Tage ohne jede Bezahlung bleiben. In diesen bedeutenden reaktionären Unternehmervorschlägen tritt noch die Forderung auf 100prozentigen Lohnabbaus. Die Unternehmer haben in der Erwartung, daß ihrer Wünsche Rechnung getragen wird, den Schlichtungsausschuss angezogen. Die Forderungen der Transportarbeiter verlangen den Urlaub wie bisher, und zwar in der letzten Stufe Gewährung von 18 Tagen Ferien. Es wird weiter gefordert der 48-Stunden-Tag, Arbeitsvermittlung nur durch den Arbeitsnachweis, 100prozentiger höherer Lohn für Kraftfahrer, Regenwägel für Kraftfahrer und Kraftfahrer, während die Unternehmer nur solche für offene Wagen ohne Verbedung bewilligen wollen. Die Forderung nach Feilen und Handlaken für die Kraftfahrer lehnen die Unternehmer ebenfalls ab. Auch soll eine Versicherung für Kraftfahrer nicht stattfinden. Frühruhe und Schranke sollen in den Betrieben nach Möglichkeit hergestellt werden. So sieht der Bundesschied der Dresdner Handelsherren aus. Die Versammlung nahm davon mit Entrüstung Kenntnis. In der Diskussion sprachen die Genossen Hippe, Krause und Wilhelm, die die Forderung der Transportarbeiter sehr kritisierten. Eine Resolution, die die Tarifkommission auffordert, an den Forderungen der Transportarbeiter festzuhalten, fand einstimmige Annahme.

Als aus der Versammlung heraus verlangt wurde, eine Entschuldigungsgegenüber die Annahme des Schlichtungs- und Schlichtungsausschusses zur Abstimmung zu bringen, erklärte der Kollege Häsel, daß das eine Angelegenheit der politischen Parteien sei und verhinderte die Abstimmung, indem er kurzgehend die Versammlung schloß.

## Der Reichswehrminister befiehlt Verhaftung von Redakteuren

Der frühere verantwortliche Redakteur des Thüringer Volksblattes, Genosse Jung, war angefaßt, die Reichswehr öffentlich beleidigt zu haben. In der Vernehmungsschlichtung wurden zwei Schreiben des Reichswehrministeriums vorgelesen, von denen das erste das thüringische Ministerium für Volksbildung und Justiz beauftragte, gegen den Verantwortlichen Strafantrag zu stellen. Das zweite Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Der Reichsminister (Heer),  
Nr. 236/8 A. R. J.  
Berlin W. 10, den 7. September 1926.

An das Thüring. Ministerium für Volksbildung und Justiz  
Weimar.

Den anliegenden Strafantrag nebst Anlage beziehe ich mich mit der Bitte um weitere Veranlassung ergebenst an überlegend.

Sollte die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, auf Freisprechung oder eine unerschuldenermaßen milde Strafe erkannt werden, so bitte ich, die zulässigen Rechtsmittel einzulegen zu lassen und mich vor einer etwaigen Zulassung hören zu lassen.

Im Auftrage  
gez. (Unterschrift).

Der Reichswehrminister gibt also hier hermit Anweisung, den kommunistischen Redakteur „Jung“ zu verhaften, und sagt im voraus, daß, wenn das nicht geschieht, Verurteilung eingeleitet werden muß.

Das, was das Reichswehrministerium anfänglich, ist auch geschehen. Der Genosse wurde in erster Instanz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt und dem Reichswehrministerium wurde die Publikationsbewilligung verweigert. Selbstverständlich wurde — wie auch von unserem Genossen — Berufung eingelegt.

Etwas annehmen zu wollen, daß das Reichsjustizministerium auf Grund des Schreibens des Reichswehrministers sich nun mit der Sache befassen wird, wäre naiv.

Was aber sagen die Sozialdemokraten? Die Kommunisten klagen Fehler und Fehler ist mit ihnen im Bund.

Wann obiges Schreiben doch einen durchschlagenden Beweis gibt, nicht wahr?

# BUDJONNYS REITERARMEE

Erzählungen von S. Babel

(Übersetzt aus dem Russischen von Dmitri Umanoff)

(5. Fortsetzung.)

Ich wunderte mich über die große Kunst des Malers und über seinen tiefen Einfühlungsvermögen. Um so erstaunlicher erschien mir ein solches Bild, die stolze Mutter Gottes über dem Scheitel der Panii Etko, der Haushälterin des alten Pfarrers. Jedes Bild verriet denselben Künstler. Das heilige Gesicht der Mutter Gottes war das der Panii Etko. Da begann ich das Geheimnis der Kommander Heiligenbilder zu erraten. Die Lösung dieses Rätsels führte mich in die Küche der Panii Etko. Dort an diesem Abend die Bekanntschaft der alten, verstorbenen Panii Etko verdammt, unter ihnen seiner blühenden Mutter. War er wirklich blühend, Pan-Apokol, weil er die Persönlichkeit der umliegenden Dörfer zu Engeln verwandelt und den blinden Janel zu einem Heiligen gemacht hat?

Es war mit dem blinden Gottfried an einem harmlosen Sonntag vor dreißig Jahren hierhergekommen. Die beiden Freunde — Apokol und Gottfried — näherten sich der Schenke Schwanen an der Kommander Gasse, etwa zwei Kilometer vor der Stadtgrenze. Apokol trug in der einen Hand den Malerstock, mit der linken führte er den blinden Harmonikastreicher. Der malerische Schritt ihrer erregten deutschen Stiefel klang ruhig und zweckmäßig. Vom dünnen Halse Apokols hing ein farbenloses Tuch herab, drei schokoladenfarbene Federn schwebten auf dem Tisch der Blinden.

In der Schenke legten die Wanderer den Malerstock und die Harmonika auf den Tisch. Der Maler wuschelte sich um das Tischchen wie ein Hund, der ein Hund eines Jagdgesellschafters; dann ging er auf den Hof, zog sich schlammig aus und überließ seinen schmalen, mageren, roten Körper mit schmutzigem Haar. Smereks Frau brachte den Gästen Koffeinmischungs und eine Schüssel mit duftendem Goulasch.

Als Gottfried satt war, nahm er die Harmonika auf seine rechte Seite, senkte den Kopf zurück und bewegte seine magere Brust. Die Blinden übertrugen die verräucherte Harmonika. Apokol begleitete den Blinden mit hocher Stimme. Das Ganze nahm sich aus, als hätte man die Orgel des heiligen Inbegriffes zu Schmelz gebracht, und als hätte sich

Museen in großen Schalen und getragenen deutschen Stiefeln um die Orgel gescharrt.

Die beiden Gäste langten bis Sonnenuntergang, dann legten sie die Harmonika und den Malerstock in Leinwand, und Pan Apokol übergab mit tiefer Verehrung Bräuna, der Frau des Schankwirts, ein Blatt Papier.

„Gnädige Frau Bräuna“ sagte er, „empfangen Sie von einem wandernden Künstler, getauft mit dem christlichen Namen Apollonius, dieses Ihr Porträt zum Zeichen unserer ergebenden Ehrerbietung, als Dank für Ihre köstliche Gastfreundschaft. Wenn Jesus der Herr meine Tage verlängert und meine Kunst härt, so lehre ich zurück, um das Porträt in Delmalen auszuführen. In ihrem Haar werden Perlen gut fallen und auf Ihre Brust werde ich ein Smaragdgeschmeide legen.“

an einem Blatt Papier war mit weissem Krebstift das leuchtende Gesicht der Panii Bräuna gezeichnet, umrahmt von tupferfarbenen Locken.

„Die Jesu“ rief Schmelz aus, als er das Porträt seiner Frau sah, nahm einen Stiel und führte den beiden nach. Unterwegs erinnerte er sich jedoch plötzlich an den roten, von Wasser überfüllten Körper Apokols, an die Sonne in seinem Hof und an die leisen Klänge der Harmonika. Der Schankwirt wurde verwirrt, warf den Stiel weg und kehrte um.

Am nächsten Morgen unterbreitete Pan Apokol dem Kommander Pfarrer kein Diplom von der Künstler-Kunstakademie, sondern ein Bild über Themen der heiligen Schrift. Es waren dazu zwölf Bilder über Themen aus Jedernholz. Und der Delmalenbild auf dünnen Platten aus Jedernholz. Und der Delmalenbild nun auf seinem Tisch die lobende Rede der Götter erblickte nun auf seinem Tisch die lobende Rede der Götter wüchsen, den smaragdnen Glanz der Feder und die farbigen leuchtenden Blüten Palatinas.

Die Heiligen des Pan Apokol, dieser Hausen jubelnd, einseitiger, gründerlicher, rotwangerer Geistes, standen von Seiden umwogen in übermäßigem Abend.

Am selben Tage bekam Pan Apokol den Auftrag, die neue Kirche auszumalen. Und bei einem Gläsern Benediktiner lagte der Vater zum Künstler: „Sancta Maria, willkommener Jagde bei Apollonius, aus welcher Wundergegend fiel euch diese fröhliche Gabe zu?“

Apokol arbeitete eifrig, und schon nach einem Monat hatte sich die Kirche mit dem Gebälk der Herzen, dem Goldstaub des Sonnenuntergangs und mit frohgelassenen Augen. Büssel mit roten, hellen, schliefen, ihre Gelbheit, Hunde mit rötlichen Schnauzen ließen den Herden voran, und unter hochragenden Palmen schaukelten fette Eduglinge in ihren Blagen. Braune

Lampen, Franziskanerlilien umgaben die Blage. Blinkende Glöhen und Fäden, blutig wie Wunden, schmückten die Schär der Wahrzoger. Aus ihrer Mitte erglänzte das grelle, lächelnde Fuchsgesicht Des VIII. Auch der Kommander Pfarrer war da — er hielt betend mit der einen Hand den glänzlich gelochten Rosenkranz und legte mit der anderen den neugeborenen Jesus

fünf Monate lang trotz Apokol, einjam in seinem Haisgeruch, an den Wänden der Kuppel und des Chorjannnes herum.

„Sie haben eine Leidenschaft für bekannte Gesichter, erwiderte Pan Apokol“, sagte eines Tages der Pfarrer, als er in einem der Wahrzoger sich selbst und in dem abgedackten Kopf des Johannes den des Pan Kommander erkannte. Der alte Vater lächelte Apokol zu und ließ dem Künstler, der unter der Kuppel arbeitete, ein Glas Rogmal reichen.

Bald darauf war Apokol mit dem heiligen Abendmahl und der Steinigung der Maria Magdalena fertig. Eines Sonntags enthielt er die bemalten Wände. Namhafte Bürger der Stadt folgten der Einladung des Geistlichen — und erkannten im Apokole Paulus den blinkenden Seltener James und in Maria Magdalena das jüdische Mädchen Etko, die Tochter unbekannter Eltern und Mutter vieler Kindelinder. Die angehenden Bürger befehlen, die gotteslästerlichen Bilder zu überfländen, und der alte Vater überhäufte den Gotteslästerer mit Drohungen. Aber Apokol überfländete die bemalten Wände nicht.

So begann ein unerhörter Krieg zwischen der mächtigen katholischen Kirche und dem ehrlosen Gotteslästerer. Dieser Kampf dauerte drei Jahrzehnte, er war erbarmungslos wie die Leidenschaft der Jesuiten. Ein Zufall hätte diesen frommen Bildhauer beinahe zum Begründer einer neuen Sekte werden lassen. Und in diesem Falle wäre er von allen Kämpfern gegen die verderbliche und empörende Götter der römischen Kirche wohl der Aufrichtigste und dralligste gewesen, der in festiger Treue mit zwei weißen Wäulen auf der Brust und einer Auswahl feinerer Pinzel in der Tasche, um die Erde wanderte.

Fünfundzwanzig Jahre die heilige Familie und fünfzig Jahre die heilige Abendmahl mit Darstellung aller Verwandten des Bessellers. Der Feind des Bessellers kann in der Gestalt des Judas Nihilariot gemalt werden; dafür ist ein Zehntel von zehn Goldstücken zu empfinden.“ Das sah Apokol den Bauer der umliegenden Dörfer betonen, nachdem man ihn aus der im Pan begriffenen Kirche gejagt hatte.

(Fortsetzung folgt)

DRESDEN-NEUSTADT

Biergroßhandlung Selter / Limonaden Ernst Glau Dresden-K., Hellerstraße Telefon 23.654

Wäsche / Schürzen / Trikotagen Strumpf- und Manufakturwaren J. NATOWITZ Louisenstraße 55

Ernst Liebold, Robschlächterei Ochsauer Straße 21

„ALBEA“ Groß-Schuhreparatur-Anstalt Kleine Meißner Gasse 2 Herrenschuh, normal Mk. 3,20 In Kernleder, schnellste Lieferung Annahmestellen in allen Stadtteilen

DRESDEN-JOHANNSTADT

A. KIRSTEN Uhren / Goldwaren / Optik Blasewitzer Straße 32

DRESDEN-PIESCHEN

STRUMPF- UND WOLLWAREN ALWIN KUMMER, Leipziger Straße 66

DRESDEN-COTTA

Leder-Polierwaren / Neu- und Umarbeitungen Bettler und Tapetierer Hegewald am Rathaus

RADEBEUL

MODEHAUS A. REICHE RADEBEUL-NIKKELROSSNITZ empfiehlt zu billigsten Preisen Kinder- und Damenwäsche - Kordelkissen - Herrenartikel

BISCHOWSWERDA

HOHLFELDS Arbeiter-Bekleidungs-Geschäft

REICHENAU

Fleischerei REINH. LEHMANN empfiehlt seine Fleisch- und Wurstwaren

EMIL BEHNERT REICHENAU

Lebensmittel, Groß- und Kleinhandel

BROT- UND WEISSBÄCKEREI K. DRÖSLER HAUPTSTRASSE 492

EBERSBACH

Hermann Säuberlich, Hauptstr. b. Kirche Uhren u. Goldwaren - Sanitäts-Reparaturen

BAUTZEN

OSKAR VOIGT empfiehlt seine WEISS- UND FEINBÄCKEREI Wendischer Graben 22

W. Pietschmann, Wilthener Str. 48 Fahrräder - Nähmaschinen Zubehörteile - Reparaturen

HIRSCHFELDE

Else Wolff / Hirschfelde Molkerei-Produkte

KARL KUHN, Pfarrgasse 186 Lebensmittelhaus

NEUGERSDORF

Reserviert!

Hauptfettes Rohfleisch empfiehlt H. Kolbe in städtischen Filialen

ADOLF SCHUSTER

Spezialhaus für Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung, Anfertigung nach Maß, Größtes modernes Stofflager, dankbar billige Preise

Emil Günzel, Neugersdorf Eisenwaren und Werkzeuge

Fachoptiker G. Korstan am Bahnhof

Neugersdorfer Lichtspiele Hirsch-Lichtspiele Seiffhennersdorf Erstklassige Programme. Inh.: W. Gräfe

HOMMELS-SCHOKOLADENHAUS Nur Ecke Albert- u. Rößnerstr. stets frisch geröst. Kaffee ausgew. Sorten

MEIßEN A. E.

ROBERT VIERTEL / MARKT 3 KOLONIALWAREN / KAFFEE-ROSTEREI SPIRITUOSEN / ZIGARREN / TABAKWAREN

Preiswerte Auswahl in Kinder- u. Puppenwagen, Lederwaren Gertrud verw. Quarg, Gerbergasse 2

HUGO WENZEL Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren Burgstraße 31

SCHUH-HAUS THORNER Günstige Bezugsquelle für Schuhwaren aller Art Elbstraße 8 (Heinrichplatz)

Siegfried Heinsmann, Metz, Manufaktur- und Wollwaren, Elbstraße, am Heinrichplatz

Musikhaus Gustav HÄBLER Martinstraße 1 / Musik-Instrumente aller Art / Saiten / Musikalien

GROSS- UND KLEIN-ZSCHACHWITZ

Bier-Großhandlung Max Sichte Zschachwitz, Simonstr. 15 / Tel. Niederfeld 2665 Flaschen- und Fassbier

Kaufhaus Günther Pirnaische Landstraße 12

Milch- u. Butterhandlung F. Vollmann

KARL EISNER Konfektionshaus Fernspr. 2348 / Nicolaistraße 8

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei EMIL SCHRAMM Altmarkt 13

Luida Kobau Lebensmittelhaus, Hausenstraße 8

Fritz Weiß, Feinbäckerei Mathildenstraße 20

Lebensmittelhaus A. Jöhne, Weissenberger Straße 3

Hamburger Kaffeelager Emil Grosse, Lohm & Co. Niederlage Dabobstraße 3

MAX KRETSCHEL Carolastraße 9 Fleisch- und Wurstwaren

LEBENSMITTEL E. Jähne, Carolastraße 17

Hans Wollmann Fahrrad-Reparaturwerkstatt Landwirtschaftl. Maschinen u. Geräte

Ernst H. Leubner Materialwaren

Hermann Stolle Schuhmacherei u. Schuhläder

Materialwaren Ernst Stübner, neben der Kirche

S. Schmidt Spezialgeschäft für Photos und mechanische Spielwaren Seiffhennersdorf

Alfred Schönberger Zigarren / Zigaretten / Tabak

Hermann Zenker Bäckerei u. Materialwaren

GROSS-ROHRSDORF

Joh. Kriebel Elegante Herren-Kleidung fertig und nach Maß Verkauf für Bischofswerda bei Lotze, Waldeck 56

Strick- und Wollwarenhaus Ewald Senf

MEIßEN A. E.

MESSOW & WALDSCHMIDT NACHF. Adolf Sternberg / Elbstraße Kurz-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren

Molkerei Meißen e. G. m. b. H. Robert-Kurtz-Straße 7

Fell-Einkauf RICHARD HEMPEL Burgstraße 8

Curt Broschwitz, Kaiserstraße 6 Lederwaren - Poliermittel

F. W. BIER Billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren Neuhennersdorfer Platz 12

Max Rieper, Pirnaische Landstraße 14

ELIEMANN'S SCHUHHAUS, Paulstraße 9 in Privatbesitz unzerlegt

Adler-Drogerie Eugen Thömel, Pulleinplatz

Kaufhaus Lachmann Nicolaistraße 2 Kinderbekleidung / Wäsche / Stoffwaren / Zapfenstich

Chemnitzer Strumpf- und Wollwarenhaus Zittauer Straße 16

HERMANN GOLDBERG BROT- UND FEINBÄCKEREI Reichplatz 1

BRUNO SCHRAMM Eisen- und Stahlwaren / Werkzeuge Haushaltungserhölz

Richard Neumann Nicolaistraße 3 DAMEN-WESCHE / GARDINEN

Putz- u. Pelzgeschäft Vize Neustadt, Carolastraße 11

ALFRED WOLLMANN Kretscham, Fleischerei

Mag Rother Brot- u. Feinbäckerei / Materialwaren

RESTAURANT ZUR GARKUCHE hält sich zum werten Besuch bereit empfohlen: Robert Rößler und Frau, Verbandslokal der KPD Seiffhennersdorf.

Mag Rother / Materialwaren gegenüber der Genossenschaft Seiffhennersdorf

Kurt Diegner, Seiffhennersdorf Schnittwaren u. Damen-Konfektion

Edmund Fröhlich, Seiffhennersdorf Fahrradhandlung-Reparaturwerkstatt

Bruno Ohmann Lebensmittel, Zigarren, Zigaretten

RADEBERG

Kaufhaus Wernicke bekannt beste Bezugsquelle

Schuhhaus Baum Beste Einkaufsquelle für Schuhwaren

Warenhaus Ikenberg / Radeberg

ERWIN WEBER Ballhaus „Zur Krone“

Hermann Loh / Seiffhennersdorf Uhr- und Uhrenteile

Dr. Otto Baier, Seiffhennersdorf Spezialität: Multiokle

Paul Mathias Zischeler und Waffelfabrik

Trinkt Bier der Ramenzer Brauerei!

M. Hesse Inh. Kurt Benad Herrenstraße 5 Herren-, Damen- und Kinderwäsche Bett-, Haus- und Küchenwäsche

Restaurant Schöberg / Ramenzg Bräustube

MEIßEN A. E.

Deit., Leib- u. Theebüchse alle Sorten Feinbäckerei / Wollwaren / Laken / Bettwaren Bäcker-Rittm., Postenstraße 8

HEIDENAU F. S. Lehmann Schlossstraße 2

Bäckerei / Konditorei / Café Täglich bis 11 Uhr geöffnet

OTTO MARSCHNER, Königsstr. 40 Frucht-, Gemüse-Konserven, Fleischwaren, Obstwaren

DIPPOLDISWALDE

HUGO HICKMANN Restaurant und Fleischerei Schüliggasse 102

RICHARD ZIMMERMANN Kolben- u. Holzhandlung, Brühl 308

ZSCHACHWITZ

Reserviert!

COBWIG

Garonia-Pichtspielhaus Casino

FREITAL-POTSCHAPPEL

Inlette, Bettfedern, Tisch-, Leib- und Bettwäsche amodiert

Manufaktur-Warenhaus Albert Jursch, Coschützer Str. 27

RADEBERG

Zigarrenhaus Pasch Oberstraße 3

RADEBERG

KARL EICHLER Weiß- und Baumwollwaren, Edwaren, Seiffhennersdorf

BERNSTADT

RICHARD GUNZEL KOLONIALWAREN, DELIKATESSEN ZIGARREN UND ZIGARETTEN

Oswald Weißbach Woll-, Weiß- und Schnittwaren

KLEINSCHONAU

Fahrräder - Nähmaschinen Reparaturwerkstatt P. BAUMERT

REIBERSDORF

Fahrräder - Motorräder Nähmaschinen - Elektrobäder F. HAUSER

ZITTAU

Willy Schlicht, „Stadt Wien“ Frühstückstube Grottauer Straße 48

POLSTER-MÖBEL Neu- und Umarbeitung P. Gäßler, Zittau, Breite Str. 26

JULIUS SCHMIDT Lindenstraße 14 MATERIALWAREN-GESCHAFT

Robert Fleischer Theaterstr. 15 Tel. 21000 Bedarfsartikel für Schuhmacher und Seiffhennersdorf

Fleischerei Demsto Koch, empfiehlt selbst gebr. Fleisch, Fleischwaren, Iok. Richard Demsto, Breite Str. 26

Schuhwaren für Herren- u. Damen- u. Kinder- u. Wollwaren, Iok. Richard Demsto, Breite Str. 26

Reserviert!

Ernst Marschner Brot / Weißbäckerei / Schlächterei